

rundschreiben
03/19



medico international

Es brennt

Rekolonialer Freihandel: TTIP für Südamerika
Griechenland: Was vom besten Hotel Europas bleibt
Afghanistan: Das Schicksal der Abgeschobenen

Titelbild:

**Nach dem Feuer: Ein Baum im Amazonas nach der Brandstiftung durch Holzfäller und Farmer.
Foto: Ricardo Moraes/REUTERS**

**Fotos der Autor*innen: Gabriela Leite,
Holger Priedemuth, medico, Harald Krichel**

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

**Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt**

**Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.**

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 03/19

- 4 Editorial
- 6 **Wer zahlt, überlebt**
Kommentar zur medizinischer Innovation und Ungleichheit
- EUROPA ENTSOLIDARISIERT**
- 10 **Mehr als Solidaritätsromantik**
Was vom besten Hotel Europas in Athen bleibt
- 16 **Fortschritte ins Nichts und Nirgends**
Über das Schicksal der nach Afghanistan Abgeschobenen
- 19 **Brücken statt Blockaden**
Seenotrettung: Von weißen und schwarzen Held*innen
- 20 **Wie Dr. Jekyll & Mr. Hyde**
Ein offener Brief an Europa von Ilija Trojanow
- 26 **Projekte/Projektionen**
Transborder-Camp, WHO-Watching, Nothilfe in Somalia
- 28 **Haltloses Geröll**
Simbabwe: Besuch bei Überlebenden des Wirbelsturms
- 32 **Nicht mehr stumm**
Die palästinensische Gemeinde im Libanon begehrt auf
- 34 **LATEINAMERIKA: FALSCH GEGRÜNDETE REPUBLIKEN**
Häretikerin des Patriarchats
Rita Segato über Parastaatlichkeit und feministische Aufbrüche
- 41 **Eine Region, die nicht zählt**
Ursachen der Massenflucht aus Zentralamerika
- 45 **Nach dem Regenwald**
Das EU-Mercosur-Abkommen: Rekolonialer Freihandel
- 50 **medico aktiv**
Afrika neu denken, Fachtag Rückkehr, Menschenrechte vor Profit
- 52 Bestellen & Verbreiten
- 54 Spenden & Stiften

Über Sprache
das Denken enthierarchisieren.
Wir gendern ab jetzt.

Liebe Leserinnen und Leser,

„Es brennt“ lautet der Titel dieses Heftes. Er ist natürlich im vieldeutigen Wortsinn gemeint. Es brennen die Regenwälder des Amazonas. An der Grenze zwischen der grünen Lunge des Planeten und einer unersättlichen Agrarfront stehen indigene Völker mit ihren Körpern ein, um das Fortschreiten der Rekolonisierung zu verhindern. Selten ist so deutlich geworden, dass die Unterstützung ihrer Anliegen kein nostalgisches Hobby linker Wirrköpfe aus der Mittelschicht ist, sondern eine Überlebensfrage für alle. Ein Beispiel aus der medico-Praxis: Die grüne Insel der Ka'apor im Amazonas. Sie ist umzingelt von Rinderweiden. Immer wieder dringen Holzfäller in das indigene Territorium ein. Ein existentieller Kampf.

Denn wenn es brennt – tatsächlich oder im übertragenen Sinne – wie es an vielen Orten der Welt der Fall ist, dann braucht es Feuerlöscherrinnen und Feuerlöscher, Leute, die den Mut haben, sich zu riskieren, ihre woh-lige Lebensweise aufzugeben, um sich mit denen gemein zu machen, die gar nicht anders können als sich zu gefährden. Dafür stehen die Kapitän*innen der Seenotrettung auf dem Mittelmeer wie die vielen ungenannten Flüchtlinge, zum Beispiel aus Afghanistan. Unsere afghanischen Kolleg*innen haben gerade Berichte von Abgeschobenen aus Deutschland und Europa zusammengetragen. In ihrer Dokumentation blicken sie zugleich in die unheilvolle Seele des Nationalismus, der sich mit der europäischen Flüchtlingspolitik überall ausbreitet. Nach Afghanistan werden auch Geflüchtete und ihre dort geborenen Kinder aus Pakistan und Iran als „Fremde“ zurückgewiesen, obwohl die kolonial bestimmten Grenzen mit

ihren ethnischen und sprachlichen Zugehörigkeiten nicht übereinstimmen. Die nationalen Eliten nutzen die Kolonialgrenzen und die damit verbundenen Ausschlüsse für ihren Machterhalt, mag das noch so sehr ein Fake-Nationalismus sein.

Die Unvergänglichkeit des Kolonialismus ist auch ein wichtiger Gesprächsstoff mit Rita Segato, der argentinisch-brasilianischen Feministin. Das Interview macht deutlich, dass lateinamerikanische Denker*innen die Entwicklung einer anderen Sprache zum Ausgangspunkt für die Dekolonisierung des Denkens nehmen. In Deutschland ist der Sprachenstreit weit entfernt von einem solchen Ringen. Hier wird über die Sprache die Herrschaft des Deutschen in all seinen Facetten ausgetragen. Das Erlernen des Deutschen, und zwar in seiner männlichen Form, wird zum „Integrations“-Maßstab erkoren und man hört förmlich das wilhelminische Säbelrasseln. Eine Poetik der Vielheit, wie sie der jamaikanische Denker, Édouard Glissant, fordert – undenkbar. Als Kanak Attak Anfang des Jahrtausends auf diese versperrte deutsche Sprache aufmerksam gemacht hat, hat meine Generation des Nachkriegskinderbooms zumeist noch abgewunken. Jetzt aber hat sich die Einwanderungsgesellschaft in unser Leben und auch in deutsche Sprache eingeschrieben.

Ebenso ist es für eine jüngere Generation selbstverständlich geworden, die geschlechtliche Vielfalt in der Sprache zu berücksichtigen. Man kann darüber endlos diskutieren. Ich erinnere mich ungern an die Debatten um die Rechtschreibreform, die uns alle zum Neu-lernen zwang, was vielleicht die Aufregung am meisten begründete. Aber bevor man andere als „Sprachpolizei“ beschimpft, sollte man oder frau erst mal sich selbst prüfen. Wir jedenfalls haben in der Redaktion beschlossen, uns nicht mehr nur mit weiblicher und männlicher Form zu behelfen, sondern auch das Gendersternchen zu benutzen, dann, wenn es Autorinnen und Autoren ohnehin und wie selbstverständlich verwenden. Aber auch darüber hinaus. Die Debatten in unserer Redaktion sind aufschlussreich, denn es gibt eine unbewusste Hierarchie auch beim Gendern. Zum Beispiel fällt das Gendern bei Migrant*innen leichter als bei Politikern oder Unternehmern oder Holzfällern (siehe oben). All das eröffnet einen Nachdenkprozess darüber, wie wir sprechen und wen wir meinen. Wir lernen. Und Sie hoffentlich mit uns – mit dem nicht unerwünschten Nebeneffekt, dass in Zeiten des Nationalwahns, der sich auch über Sprache ausdrückt, die Öffnung und Enthierarchisierung der Sprache ein Weg zur Öffnung der Gesellschaft ist.

So long,
Ihre




**Katja Maurer ist
Chefredakteurin
des medico-rund-
schreibens.**

Wer
zahlt,
über-
lebt

A dark blue pill bottle lies on its side on a textured, orange-brown surface. Several white, round tablets are scattered around the bottle, some in the foreground and some near the bottle's opening. The background is a mottled, textured orange-brown color.

Medizinische Innovation in einer nach oben offenen Preisspirale verschärft die Ungleichheit

Von Thomas Gebauer

Das derzeit teuerste Medikament der Welt heißt Zolgensma und kostet rund zwei Millionen Dollar pro Dosis. Zolgensma, das im Mai 2019 in den USA formell zugelassen wurde, verspricht Säuglingen, die unter genetisch bedingter spinaler Muskelatrophie leiden, eine dauerhafte Heilung und dem Schweizer Pharmakonzern Novartis ein Supergeschäft. Rund zwei Milliarden Dollar könnte Novartis in den nächsten drei Jahren mit dem Präparat erwirtschaften, heißt es in Kreisen von Börsenanalysten. Schon seit einigen Jahren steigen die Preise für Medikamente. Nun hat erstmals eines die Millionengrenze überschritten. Selbst finanzstarke Krankenkassen klagen über die horrenden Kosten moderner Gentherapie. Preise von mehreren Millionen Dollar seien zu hoch, um von der Gesellschaft getragen zu werden.

Die Konsequenzen einer offenbar nach oben offenen Preisspirale für das Gesundheitswesen sind enorm. Können wir uns unter diesen Umständen überhaupt noch Innovation leisten? Sind es in Zukunft vielleicht nur noch ein paar Superreiche, die vom medizinischen Fortschritt profitieren? Und was ist mit den Milliarden von Menschen, die im globalen Süden leben und weder über einen solidarisch finanzierten Versicherungsschutz noch über ein gut gefülltes Bankkonto verfügen? Verschärfen solche Innovationen, so sinnvoll sie für Einzelne sein mögen, nicht nur die eh schon in der

Welt herrschende soziale Ungleichheit? Bedarf es nicht ganz anderer Innovationen?

Aufgrund der großen Nöte, die noch immer im globalen Gesundheitswesen zu beklagen sind, ist das politische Drängen auf Befreiung aus Not und Unmündigkeit weiterhin notwendig, das Bemühen um Erneuerung und Fortschritt nicht

Jedem Fortschritt, der einer „individualistischen Utopie“ huldigt, weil er nur die Selbstverwirklichung der Einzelnen im Blick hat, ist zu misstrauen.

abgeschlossen. Aber nicht jede Innovation dient bekanntlich dem Wohlergehen der Menschheit. Als besonders problematisch erweisen sich Fortschrittsideen, wenn sie sich eine bessere Welt allein über einen wissenschaftlichen Erkenntniszuwachs erhoffen und Innovationen schließlich auf ökonomisch verwertbare technische Entwicklungen reduzieren. Das aber ist im Gesundheitswesen seit langem der Fall. Während hierzulande hochspezialisierte und überaus kostspielige Therapieverfahren erforscht werden, haben über zwei Milliarden Menschen

noch nicht einmal den Zugang zu einfachen, aber überlebenswichtigen Medikamenten.

Mit Blick auf das eigentliche Ziel von Fortschritt – der Verwirklichung von Menschenrechten und Demokratie – liegt in technischen Entwicklungen, wie sie Präparate wie Zolgensma symbolisieren, deshalb zugleich auch ein Rückschritt. Hochpreisige Pharmazeutika können der individuellen Selbstverwirklichung einiger weniger dienen, aber zugleich viele andere ausschließen. Letztere genießen zwar formal das gleiche Recht wie die anderen, werden aber aufgrund vielfältiger Umstände benachteiligt. Diesen paradoxen Zusammenhang hat der Sozialwissenschaftler Peter Wagner, Professor an der Universität Barcelona, zum Anlass genommen, um über die Wiedererlangung eines emphatischen Begriffs von Fortschritt nachzudenken. Nicht fehlendes Wissen ist heute dafür verantwortlich, dass das menschenrechtliche Versprechen auf ein würdiges Leben noch immer nicht erfüllt ist, sondern weltgesellschaftliche Verhältnisse, die von aufgezwungener Armut, verweigerter Anerkennung und der Fortexistenz post-kolonialer Vormacht geprägt sind.

Die Folgen dieser Missstände haben auch die Weltgesundheitsorganisation beschäftigt. Soziale Ungleichheit tötete im großen Maßstab, befand sie in ihrem 2008 erschienenen Bericht über die sozialen Umstände, die Menschen krank werden und sterben lassen. Und weil das so ist, liege die Lösung der globalen Gesundheitskrise nicht in medizinisch-technischen Innovationen, sondern zuallererst in der Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen.

Es überrascht nicht, dass solche Einsichten in einer marktförmigen und von Renditeerwartungen bestimmten Wissensproduktion einen schweren Stand haben. Auch das Wissen um die soziale Determiniertheit von Gesundheit zählt im gesundheitspolitischen Mainstream

heute wenig. Die Brisanz des WHO-Berichtes aber ist ungebrochen. Nicht in der Erforschung hochspezialisierter genterapeutischer Verfahren liegt die Zukunft der Menschheit, sondern in überfälligen sozialpolitischen Veränderungen. Zu diesem Schluss kommen heute selbst Akteure, die nicht im Verdacht linker Ideologie stehen. Nur zu 15% sei Gesundheit durch kuratives ärztliches Handeln bestimmt, so die Unternehmensberatung McKinsey. Viel entscheidender seien die sozialen Lebensumstände und das Verhalten der Menschen.

Solche Studien bestätigen, was aus historischer Erfahrung längst bekannt ist. Die großen Erfolge, die im zurückliegenden Jahrhundert im europäischen Gesundheitswesen erzielt werden konnten, sind nicht mit Pillen und Hospitälern

Die Entwicklung von Medikamenten kann nicht einem zeitlich befristeten Monopol überlassen werden.

erreicht worden, sondern resultierten aus verbesserter Ernährung und Hygiene, würdigeren Arbeitsverhältnissen und dem Zugang zu einer öffentlich garantierten Daseinsvorsorge. Würden wir diese Einsichten ernst nehmen, wäre die Richtung, in der sich heute Innovation zu bewegen hätte, klar vorgegeben.

Ohne gesellschaftliches Miteinander, ohne solidarischen Ausgleich und demokratische Selbstbestimmung bleibt Gesundheit für die überwiegende Zahl der Menschen auf Dauer unerreichbar. Unbedingt ist alles zu vermeiden, was das Prinzip der Solidarität im Gesundheitswesen gefährdet. Jedem Fortschritt, der einer „individualistischen Utopie“ (Peter Wagner) hul-

digt, weil er nur die Selbstverwirklichung der Einzelnen im Blick hat, ist zu misstrauen. Die Befreiung aus Not und Notwendigkeit erfordert mehr als die Ausweitung von individueller Autonomie. Fortschritt verlangt heute ein sozialpolitisches Handeln, das auf die Stärkung von Räumen demokratischer Selbstverwaltung und die Schaffung jener gesellschaftlichen Einrichtungen zielt, ohne die die Verwirklichung der Menschenrechte unerfüllbar bleibt.

Die Frage, wie wir uns heute noch Innovation leisten können, ist also zuallererst die Frage, welche Innovationen wir für erforderlich halten. Folgen wir den allgemeinen Überlegungen von Peter Wagner, dann erweist sich Fortschritt im Gesundheitswesen nicht in der Entwicklung hochspezialisierter Arzneimittel, die für die Mehrheit der Menschen unerschwinglich bleiben, sondern in der Ausweitung von Räumen, in denen Menschen sich über die Erwartungen, die sie an ihr Gesundheitswesen richten, auseinandersetzen und einigen können. Der Gradmesser für Fortschritt liegt dann in der Entfaltung einer kollektiven Autonomie, wie sie in Ansätzen im selbstverwalteten deutschen Gesundheitswesen angelegt ist. Solche Räume zu stärken und zugleich ins Globale auszuweiten, steht für die Formen von Erneuerung, die heute gebraucht werden. Notwendig sind Innovationen jenseits von interessen geleiteter Wissensproduktion und ökonomischer Verwertbarkeit.

Und das könnte am Ende zum Wohle aller sein. Denn über die Stärkung demokratischer Selbstbestimmung wird sich auch jene politische Kraft herausbilden, die es womöglich nicht mehr länger hinnehmen wird, dass die Entwicklung von Arzneimitteln an die Überlassung eines zeitlich befristeten Monopols gekoppelt ist. Wohlwissend, dass die explodierenden Medikamentenpreise eine Folge der Patente sind, die Pharmakonzernen zu Amortisierung vermeintlicher Entwicklungskosten gewährt werden, ob-

wohl bereits die medizinische Grundlagenforschung zu einem Großteil öffentlich finanziert wird, könnte eine selbstbewusste Öffentlichkeit auf die Idee kommen, die Entwicklung von Medikamenten insgesamt zu einem solidarisch finanzierten globalen Gemeingut zu machen. Unter solchen Umständen könnte schließlich auch ein technologischer Fortschritt wieder allen zugutekommen und so auch allen, die unter spinaler Muskelatrophie leiden, Heilung in Aussicht gestellt werden.



Thomas Gebauer ist Sprecher der medico-Stiftung und Initiator der Veranstaltung „der utopische raum“ (s. Rückseite). Auf dieser wird auch der im Kommentar zitierte Peter Wagner sprechen, Autor des Buches „Fortschritt – Zur Erneuerung einer Idee“.

Mehr als Sol romantik



Foto: malstad, flickr, CC BY-NC-SA 2.0

City-Plaza-Dach: Solidaritätsinitiative und Geflüchtete haben den Showdown mit der Staatsmacht vermieden und das besetzte Hotel vor der Räumung verlassen.

Solidaritäts-



Das besetzte Hotel City Plaza, ein selbstverwaltetes Wohnprojekt Geflüchteter in Athen, war ein Zeichen der Solidarität in einer politisch aussichtslosen Lage. Einer Räumung ist die Initiative zuvorgekommen.

Aus den Trümmern einer sozialen Entrechtung und im Angesicht der Flucht entstand ein in all seiner Vergänglichkeit schönster Ort des Kontinents

Von Mario Neumann

Stell Dir vor, es ist Räumung, aber alle sind schon weg... Es sollte eine erste spektakuläre Inszenierung der neuen rechten Regierung in Griechenland werden. Law&Order-Politik und ein antimigrantischer Kurs gehörten zu den großen Wahlversprechen des neuen Ministerpräsidenten Mitsotakis. Was eignet sich da besser für ein erstes Manöver, als im Herzen von Athen die Besetzung eines großen Gebäudes zu beenden, in dem Migrant*innen untergebracht sind? Doch als Spezialeinheiten der Polizei, die Hauseigentümerin und ein Fernseheteam am 10. Juli 2019 zur Machtdemonstration anrückten, war das City Plaza schon leer.

Drei Jahre war das Hotel von der „Solidaritätsinitiative für wirtschaftliche und politische Flüchtlinge“ besetzt – in einem leerstehenden Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Viktoria-Platz, auf dem in den Jahren 2015 und 2016 Migrant*innen in Zelten und Papphäusern auf ihre Zukunft warteten. „Das beste Hotel Europas“ – so der Titel einer auch von medico international unterstützten Spendenkampagne – beherbergte zeitgleich bis zu 400 Migrant*innen aus aller Welt; über die gesamte Zeit waren es mehr als 2.500 Menschen, denen das Hotel für eine kurze oder längere Zeit ein Zuhause in Würde gab.

Denn das City Plaza wollte nicht nur ein Ort konkreter Hilfe, sondern auch des gemeinsa-

men Lebens und der politischen Organisation sein. Als ein unabhängiges und selbstorganisiertes Projekt wollte es Beispiel dafür sein, dass der Migration eine transformatorische und demokratisierende Kraft innewohnt. Indem sie möglich machte, wozu sich die staatliche Politik außerstande sah, führte die selbstorganisierte Initiative vor, dass die elende Situation der Geflüchteten in den griechischen Camps und auf den öffentlichen Plätzen Ausdruck politisch gewollten Staatsversagens sind.

Nun ist das City Plaza Geschichte. Die Umsicht und das Verantwortungsbewusstsein von Aktivist*innen und Bewohner*innen machte ein selbstbestimmtes Ende des Projektes möglich: Unmittelbar vor der absehbaren Räumung organisierten sie die Schlüsselübergabe an die ehemalige Belegschaft des Hotels, der im Zuge der Krise Lohn vorenthalten worden war, und die Unterbringung aller Migrant*innen in verschiedenen Wohnungen in Athen. Das alles fügt der Geschichte eines außergewöhnlichen Projekts ein außergewöhnliches letztes Kapitel hinzu.

Konkrete Hilfe für Migrant*innen und alle

Zeitgleich zum City Plaza endete auch die Amtszeit von Alexis Tsipras und seiner Syriza-Regierung. Würde man ein Buch schreiben,

wäre es nicht ganz einfach zu entscheiden, wo man anzufangen hätte. Sicher ist jedoch: Griechenland war vor und nach der Besetzung des Hotels Schauplatz europäischer Geschichte. Nur zur Erinnerung: der Aufstand der Jugend 2008, die Sparprogramme seit 2010, die Besetzung des Syntagma-Platzes und die Demokratiebewegung 2011. Dann, in nur einem Jahr: der Wahlsieg Syrizas im Januar 2015, das OXI-Referendum, die Erpressung durch die Gläubiger, der „Sommer der Migration“ und die Szenen in Idomeni. Eine Million geflüchteter Menschen trafen auf eine abgekämpfte und von Syrizas Scheitern demobilisierte Bevölkerung. Mit der Schließung der Balkanroute und dem EU-Türkei-Deal im März 2016 endete der „Sommer der Migration“ und viele Geflüchtete waren in Griechenland eingesperrt und obdachlos. Vor diesem Hintergrund fand im April 2016 die Besetzung statt.

Sie stand in diesem Moment aber nicht nur im Zeichen der europäischen Migrationspolitik. Sie mobilisierte erneut eine Alltagskultur der Hilfe, die sich bereits in der Krise zu einem Massenphänomen verallgemeinert hat. Die andere, alltägliche Seite der politischen Bewegung waren die unzähligen Solidaritätsinitiativen, die im Moment des vorsätzlich herbeigeführten Kollapses der Sozialsysteme und der Gesundheitspolitik einsprangen: mit Lebensmittelmärkten, mit selbstorganisierten Ärztezentren und Krankenhäusern, mit gegenseitiger Hilfe in fast jeder denkbaren Hinsicht. Dieses lebendige Ethos und die Alltagsstrukturen bildeten die Basis für die nächste Welle der Solidarität, die all jene zu spüren bekamen, die im Jahr 2015 mit oft nicht mehr als einem Satz Kleidung, ein wenig Bargeld und einem Handy Europa erreichten.

Doch nicht nur in dieser Reihenfolge ist die Chronik der Solidaritätsbewegung spannend. Als nämlich in den Jahren der Krise ab 2008

und des ersten Sparprogramms 2010 die Solidaritätsstrukturen an Bedeutung gewannen, existierten viele der Projekte bereits: Nicht wenige sind als Hilfsstrukturen für Geflüchtete und Menschen ohne Papiere entstanden, allen voran die solidarischen Kliniken. Im City Plaza und an anderen Orten kamen sie so auch gewissermaßen zu ihrem Ursprung zurück und bildeten erneut eine tragfähige soziale Infrastruktur, in Zahlen ausgedrückt: 812.250 warme Mahlzeiten, 74.500 Stunden Security-Schichten, 5.100 Stunden Sprachunterricht und fast 70.000 Rollen Klopapier – so lautet die nüchterne quantitative Bilanz der Solidaritätsinitiative im City Plaza.

Ein kleines Hotel gegen den Rest der Welt?

Was bleibt nach zehn Jahren der Krisen und Kämpfe? Das Resultat europäischer Politik in Griechenland ist nicht nur sozial verheerend, sondern auch demokratiepolitisch ein Skandal: Griechenland ist ein „kontinentaler Zwischenraum“ mit variablen Grenzen geworden. Inseln wie Lesbos und Samos wurden für Geflüchtete zu einer Art Sonderrechtszone, ein Stück Europa außerhalb Europas, und auch das Festland wurde zur Pufferzone der europäischen Migrationsabwehr. Die griechische Demokratie findet unter internationaler Vormundschaft statt, die seit Jahren vor allem unnachgiebige Entrechtung durchsetzt. Migrant*innen und griechische Staatsbürger sind dem gleichermaßen und doch auf ganz unterschiedliche Weise ausgesetzt. In Griechenland scheinen das noch immer und trotz allem Elend sehr viele zu verstehen. Die Erfahrungen der Solidarität bleiben, so scheint es, wirksam und werden auch in den zukünftigen Auseinandersetzungen ihre Spuren hinterlassen.

Und trotzdem: Ein selbstorganisiertes und be-

setztes Hotel als Gegenmodell zur Abschottungs- und Entrechtungspolitik der EU: Ist das nicht etwas zu viel Solidaritätsromantik? Ja und nein. Natürlich – und das Kollektiv betont dies in seiner Abschiedserklärung – war das City Plaza ein Projekt aus einer Zeit der Ermüdung der Bewegungen. Und gleichzeitig [gewissermaßen auch als Notwendigkeit einer Post-Syriza-Politik] war die Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen und auch von einem Großteil der staatlich finanzierten NGOs ein politischer Grundsatz. Diese Art der praktizierten Solidarität stößt notwendig an Grenzen, wenn sie sich nicht in Politik umsetzt und institutionalisiert – und es bleibt das große Trauma der griechischen Aufbrüche, dass dies trotz massiver politischer Bewegung, aber auch einem hohen Niveau der Solidaritätsstrukturen nicht passiert ist.

Gleichzeitig ist die Politik der Beispielhaftigkeit etwas sehr Besonderes an der Idee des City Plaza-Experiments. In einem Moment, wo die große Lösung nicht mehr greifbar und der Lauf der Dinge unaufhaltbar schien, entschied sich das Kollektiv, eine große Auseinandersetzung in einen kleinen, beispielhaften Rahmen zu bringen – und alle Energien auf die Umsetzung dieses Beispiels zu verwenden. Diese Idee hat überzeugt und in ganz Europa Menschen bewegt. Hunderte Freiwillige aus der ganzen Welt haben in den drei Jahren im Hotel gelebt und gearbeitet, teilweise monate- und einige sogar jahrelang. In kleinen Dörfern in Deutschland oder der Schweiz wurden nicht nur Unterstützungsgelder gesammelt, sondern auch mit dem Beispiel des Hotels die eigene soziale Phantasie erweitert und die Möglichkeit einer emanzipatorischen Migrationspolitik bezeugt. Denn das erfolgreiche Beispiel im Kleinen stand auch für seine Möglichkeit im Großen. Wer einmal das Glück hatte, das City Plaza von innen zu sehen, dem stand wahrscheinlich auch alle zehn Minuten das Wasser in den Au-

gen. Aus den Trümmern einer sozialen Entrechtung und im Angesicht der Ankunft von vielen, mehrheitlich vor Krieg und Terror geflohenen Menschen, entstand einer der eindrucklichsten und in all seiner Vergänglichkeit auch schönsten Orte des Kontinents. Ein Ort, wo große Gruppen von Kindern aus einem halben Dutzend Länder durch die Gänge sprangen und sich dabei selbstverständlich in vier Sprachen gleichzeitig unterhielten – also das taten, was so viele Erwachsene in Europa nicht schaffen: versuchen zu verstehen. Ein Ort, an dem Hoffnung wirklich ein politischer Zustand war, weil das Projekt zeigte, dass etwas anderes möglich ist, immer.



Mario Neumann, der neue Pressereferent von medico, war in den vergangenen Jahren politisch sehr aktiv in der Unterstützung der griechischen Solidaritätsstrukturen, darunter auch des City Plaza.

medico unterstützte die Geflüchteten im City Plaza Hotel in der Anfangsphase des Projektes. Derzeit fördern wir in Griechenland die Arbeit von Pro Asyl-Refugee Support Aegean auf Lesbos und Chios. Die Rechtsanwältinnen, Sozialarbeiterinnen und Dolmetscher stehen Geflüchteten nach ihrer Ankunft bei.

Spendenstichwort: Flucht und Migration



Gemeinsames Osterfest mit der Nachbarschaft.



Drei Jahre City Plaza – nicht nur für die Aktivist*innen und Bewohner*innen ging eine Epoche zu Ende.



Die Fassade des Hotels blieb schlicht und doch immer Schaufenster einer anderen Gesellschaft.

Fortschritte ins Nichts und Nirgendes

medico-Partner dokumentieren das bittere Schicksal Abgeschobener in Afghanistan

Von Thomas Seibert

Der Vertrag, in dem sich die Europäische Union und die afghanische Regierung auf eine „Lösung“ des Problems der Migration aus Afghanistan einigten, trägt den wohlklingenden Namen Joint Way Forward: „gemeinsamer Weg voran“. Zustande gekommen ist er 2016 aufgrund massiven Drucks aus Brüssel und Berlin: Hätte die Regierung in Kabul nicht unterschrieben, wären aus Europa und Deutschland deutlich weniger Finanzhilfen und die Order zum beschleunigten Truppenrückzug gekommen. Doch auch unabhängig vom Druck aus Europa will Präsident Aschraf Ghani verhindern, dass Menschen aus Afghanistan fliehen, weil sie damit die Schwäche des Staates offenbaren. In seinen Augen sind diese Menschen „unpatriotisch“ und begehen „Landesverrat“.

Der euro-afghanische „Weg voran“ basiert auf drei Säulen: Kabul verpflichtet sich, zwangsweise zurückgeschaffte Geflüchtete und „freiwillige“ Rückkehrer*innen aufzunehmen; Kabul und Brüssel kooperieren in der Eindämmung weiterer Fluchten und Ausreisen; Brüssel leistet Hilfen zur „Integration“ der Deportierten. Grundlage des Deals ist die Unterstellung, dass es im kriegsverheerten Afghanistan „interne Schutzalternativen“ gäbe. Eine schamlose Lüge wider besseres öffentliches Wissen. Es ist nirgendwo sicher in Afghanistan, seit 2014 herrscht wieder

offener Krieg, verlieren Regierung und Sicherheitskräfte zunehmend die Kontrolle über das Land, kommen die Taliban Zug um Zug voran. Das gilt vor allem für Kabul: in der Hauptstadt folgt nahezu im Monatsrhythmus ein blutiger Anschlag dem nächsten.

Es geht voran

Den von Brüssel, Berlin und dem Regime in Kabul gemeinsam beschrittenen „Weg voran“ hat die Ausbreitung der Gewalt nicht aufhalten können. Seit Abschluss des Vertrags sind aus Europa 19.390 afghanische Geflüchtete „heimgekehrt“ – gezwungenermaßen oder „freiwillig“. Die erschreckend hohe Zahl wird durch die Zahl anderer „Heimkehrer*innen“ weit übertroffen: Iran und Pakistan haben zuletzt jeweils eine halbe Million geflüchteter Afghaninnen und Afghanen zurückgezwungen – darunter viele, die in Iran oder Pakistan geboren wurden. Dasselbe ist Menschen auch in Deutschland widerfahren. „Vor“ geht es auch im gewaltsamen Versperren der Fluchtwege nach Europa: Die Zahl afghanischer Geflüchteter hat seit Abschluss des Vertrages massiv abgenommen.

Grund genug für medico und die medico-Partnerin Afghanistan Human Rights and Demo-



Zurück im Krieg: Weil sie in ihrem Heimatort niemand aufnehmen kann oder weil sie gerade dort um Leib und Leben fürchten müssen, bleiben die meisten Rückkehrer in Kabul.

cracy Organisation (AHRDO), den Preis dieses Fortschritts zu ermitteln. Dazu interviewten unsere Partner*innen in Kabul, Balkh, Herat und Nangarhar 50 „Heimkehrer“, allesamt Männer, und sprachen mit Regierungsvertreter*innen und Mitarbeiter*innen von NGOs. Ihr jetzt vorliegender Report vermerkt als erstes, dass 46 Prozent der aus Europa Deportierten mit Gewalt zurückgeschafft wurden, also über 8.000 Menschen. Alle Befragten berichteten von den Schrecken der Flucht. Es sind Geschichten, die von der finanziellen Auspressung durch Schleuser und deren Brutalität handeln, vom Kidnapping durch Banditen, von der Brutalität der Grenzschützer, von tödlichen Schüssen und Folterungen und von entwürdigenden Beleidigungen; von tagelangen Fußmärschen bei glüh-

ender Hitze und von Nächten, in denen die Kälte ihnen den Schlaf raubte, von nicht endendem Hunger und Durst: „Wir waren auf dem Weg von Bulgarien nach Ungarn, 25 Leute zusammengepfercht in einem Bus ohne Ventilation. Bald ging uns die Luft aus. Zwei von uns starben. In Ungarn ließen uns die Fahrer an irgendeiner Straße raus und warfen uns die Leichname der beiden Somalier einfach hinterher.“

Ausgeliefert und allein

Die Dokumentation listet auch die Fluchtgründe auf, voran die Angst vor der außer Kontrolle geratenen Gewalt der Taliban, des IS, der kriminellen Banden, auch der Armee, der Polizei und der

ausländischen „Schutztruppen“. In vielen Fällen gründet diese Angst auf persönlicher Bedrohung im Zusammenhang etwa von Landkonflikten, von Dorf- oder Familienfehden, von ethnischer und religiöser Verfolgung. Gründe zur Flucht liefert aber auch die absolute Aussichtslosigkeit der politischen und der ökonomischen Lage: Seit Beginn des Rückzugs der ausländischen Streitkräfte tendiert die Zahl der Jobs gegen Null. Fluchtgrund ist in jedem einzelnen Fall das Fehlen jeglicher Zukunftsperspektive: So wie die Dinge liegen, kann es absehbar nur schlimmer werden. Deshalb überrascht auch nicht, dass nahezu alle Befragten trotz der zurückliegenden Torturen nur auf die nächste Gelegenheit warten, sich noch einmal auf den Weg nach Europa zu machen.

29 der 50 befragten Rückkehrer sind nicht an den Ort ihrer Herkunft zurückgekehrt. Weil sie dort niemand aufnehmen kann oder weil sie gerade dort um Leib und Leben fürchten müssen. Die meisten blieben in Kabul oder irren ständig zwischen verschiedenen Verstecken hin und her. Ausnahmslos alle sind völlig überschuldet und unfähig, ihre Schulden jemals zurückzahlen. 42 der 50 Befragten haben kein Einkommen, auch keine Aussicht auf ein solches Einkommen. Abgesehen von im Handumdrehen aufgebrauchten Taschengeldern kam bisher niemand in den Genuss der „Integrationshilfen“ des „Joint Way Forward“-Abkommens.

Hoffnungslose Wahlen

Die überwiegende Mehrheit der Befragten macht den afghanischen Staat für ihre Lage verantwortlich. Aus Angst aber wird sich fast die Hälfte der Rückkehrer trotzdem nicht an politischen Protesten beteiligen. Weitere 17 würden zwar protestieren, glauben aber nicht, damit irgendetwas erreichen zu können. Vier der Befragten suchen deshalb Kontakt zur demokrati-

schen Opposition, sechs zu bewaffneten Gruppen oder kriminellen Netzwerken. Ganze drei haben die Hoffnung auf die von der afghanischen Regierung und den Regierungen der EU versprochenen „Integrationshilfen“ noch nicht völlig aufgegeben. Gemeinsam aber, so heißt es im AHRDO-Bericht, bilden die zwangsweise oder „freiwillig“ Zurückgekehrten samt ihren Leidensgenoss*innen aus dem verlorenen Exil im Irak oder in Pakistan „eine Pol von destabilisierender Kraft“ in Bezug auf die sowieso extrem instabile politische Lage.

Am 28. September 2019 soll in Afghanistan ein neuer Präsident gewählt werden. Für die medico-Partner von AHRDO liefert keiner der 18 Bewerber auch nur den geringsten Anlass zur Hoffnung. Völlig unklar bleibt obendrein, ob die Wahlen überhaupt stattfinden werden. Unter Umgehung der afghanischen Regierung verhandeln die USA seit längerem direkt mit den Taliban. Gut möglich, dass sie ihnen das Land einfach überlassen. Zurück auf Anfang.



Thomas Seibert organisierte 2017 gemeinsam mit AHRDO eine Untergrund-Universität in Kabul und Bamyán. Er ist Südasienkoordinator und Menschenrechtsreferent von medico international.

medico hat die Erstellung der AHRDO-Studie über die Situation Abgeschobener aus Deutschland und Europa gefördert. Eine aktualisierte Fassung wird demnächst auf www.medico.de veröffentlicht.

Spendenstichwort: Afghanistan



Ramona Lenz ist seit 2015 Referentin für Flucht und Migration bei medico.

BRÜCKEN STATT BLOCKADEN

Von weißen und schwarzen Held*innen

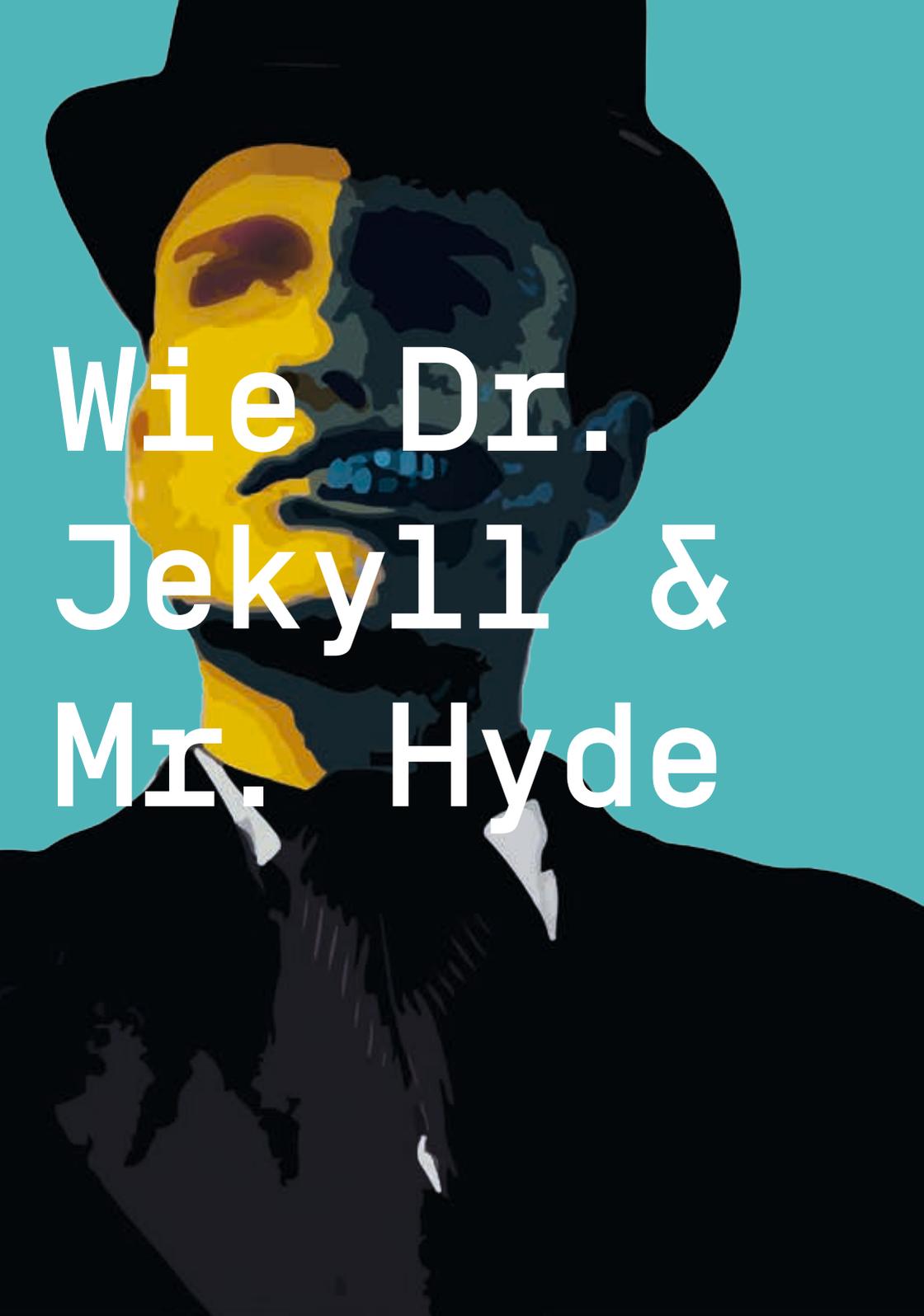
Corinna Harfouch, Ingo Schulze und Gesine Schwan gehören zu den Erstunterzeichner*innen des Appells „Brücken statt Blockaden“, den europaweit fast 90.000 Menschen unterschrieben haben. Sie bekunden damit ihre Solidarität mit der Sea-Watch-3-Kapitänin Carola Rackete sowie mit der Crew des Rettungsschiffes Iuventa und protestieren gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung. Initiiert worden war der Appell von dem französischen Philosophen Etienne Balibar. Die Übersetzung und Mobilisierung in Deutschland übernahm medico gemeinsam mit kritnet, Sea Watch und Seebrücke.

In unserer Presseerklärung zum Appell erinnern wir auch an die Vielen, die sich tagtäglich gegenseitig auf der Flucht beistehen, aber in den in Europa dominierenden Bildern und Geschichten von weißen Retter*innen und schwarzen Geretteten nur als Opfer oder Täter*innen des illegalen Grenzübertritts vorkommen. Dieses massive Ungleichgewicht wird an dem Schicksal der drei afrikanischen Teenager besonders deutlich, die Ende März 2019 das Frachtschiff „El Hiblu 1“ dazu brachten, die 108 Geretteten an Bord nicht nach Libyen zurück, sondern nach Malta zu bringen. Für diesen mutigen Akt droht ihnen lebenslange Haft. Die europäische Öffentlichkeit aber hat sie längst vergessen.

Auch den deutschen Kapitäninnen Carola Rackete von der Sea Watch 3 und Pia Klemp von der Iuventa drohen lange Haftstrafen – während sie zugleich ungefragt als Heldinnen verehrt werden. Erst kürzlich erteilte Klemp der Bürgermeisterin von Paris, die ihr die höchste Auszeichnung der Stadt verleihen wollte, eine deutliche Absage: „Frau Hidalgo, Sie wollen mir eine Medaille für Aktionen geben, die Sie gleichzeitig bekämpfen. Ich bin sicher, Sie werden nicht überrascht sein, dass ich ablehne.“ Die Kapitäninnen und ihre Crews retteten unter großem persönlichen Einsatz Menschenleben und – was vielleicht noch schwerer wiegt – sie riskierten, in Situationen zu kommen, in denen sie nicht retten können. Dafür muss man sie nicht als Heldinnen verehren, aber Hochachtung gebührt ihnen allemal. Auch dafür, dass sie jede Gelegenheit nutzen, um an das zu erinnern, wogegen sie angetreten sind: die tödliche europäische Abschottungspolitik.

Ramona Lenz

www.medico.de/bruecken-statt-blockaden

A stylized, high-contrast portrait of a man wearing a black top hat and a dark suit jacket over a white shirt. The man's face is split vertically: the left side is bright yellow, and the right side is dark blue. The background is a solid teal color. Overlaid on the image is white text.

Wie Dr.
Jekyll &
Mr. Hyde

Ein offener Brief an Europa

Von Ilija Trojanow

Liebe Europäer*innen, liebe Mittäter*innen, liebe Mitopfer, Ende des 18. Jahrhunderts lebte in Edinburgh ein Mann namens William Brodie, ein eleganter Gentleman, der eine Tischlerei betrieb und den Respekt seiner Mitbürger genoss. Tagsüber diente er im Stadtrat und erfüllte zuverlässig alle Bestellungen, nachts brach er in die Häuser seiner Kunden ein und raubte sie aus. Bis er eines Tages gefasst und gehenkt wurde.

Wir hätten William Brodie längst vergessen, wenn nicht der Autor Robert Louis Stevenson in ihm ein extremes Symbol einer beunruhigenden menschlichen Fähigkeit erkannt hätte: die gespaltene Persönlichkeit. Stevenson schrieb dreimal über Brodie, die ersten beiden Male erfolglose Stücke, das dritte Mal einen Bestseller, die rasante Novelle „Der seltsame Fall von Dr. Jekyll und Mr. Hyde“: „Ich wurde als Erbe eines großen Vermögens geboren, hatte glänzende Gaben mitbekommen, neigte meiner Natur nach zum Fleiß, genoss die Achtung kluger und guter Mitmenschen und hatte, wie man hätte annehmen sollen, die gewisse Aussicht auf eine ehrenvolle und angesehene Zukunft.“ So schreibt Dr. Jekyll zu Beginn seiner Beichte im letzten Kapitel des Buches. Er ist ein angesehener Arzt, jemand der heilt, jemand der Bildung und Wissen schätzt, ein wichtiges Mitglied der Gesellschaft. Gleichzeitig ist er ein gefühlloser, brutaler Repräsentant der Selbster, ein Mann mit dem Namen Mr. Hyde.

„Trotz dieser tiefen Zwiespältigkeit war ich doch in keiner Weise ein Heuchler. Ich war genauso ich selbst, wenn ich alle Hemmungen abschüttelte und in Schändlichkeit untertauchte, wie wenn ich an der Linderung von Not und Elend arbeitete.“

Dr. Jekyll

Es gibt nicht Dr. Jekyll einerseits und Mr. Hyde andererseits, sondern nur eine Kreatur, die „einem ausgesprochenen Doppelleben verfallen“ ist. Und: „Wenn die beiden Wesen in meinem Bewusstsein miteinander rangen, selbst wenn ich für eins von ihnen gehalten wurde, konnte das nur geschehen, weil beide in mir wurzelten.“ Dr. Jekyll ist nicht unschuldig, naiv oder blind. Er erkennt den Feind in seinem Inneren. Er möchte ihn gar besiegen. Aber am Ende streckt er die Waffen. Die Geschichte führt uns direkt in die Gegenwart. Was für einzelne Personen zutrifft, kann auch für ganze Gesellschaften gelten. Europa, präziser gesagt die Europäische Union, ist Dr. Jekyll/Mr. Hyde.

Im Jahre 2017 äußerte sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker entsetzt über die Zustände in den Flüchtlingslagern in Libyen. „Ich kann nicht ruhig schlafen bei dem Gedanken, was mit jenen Menschen in Libyen passiert, die ein besseres Leben gesucht und

in Libyen die Hölle gefunden haben.“ Europa dürfe „nicht den Mund halten angesichts dieser unglaublichen Probleme, die aus einem anderen Jahrhundert stammen“. Er sei „sehr schockiert“ über Berichte, wonach Flüchtlinge in Libyen wie Sklaven verkauft würden. „Bis vor zwei Monaten wusste ich nicht, dass das Problem dieses Ausmaß hat. Es ist ein dringliches Phänomen geworden.“ Junckers Entrüstung ist leicht nachzuvollziehen. In Libyen sind bis zu dreißig Flüchtlinge in Zellen eingesperrt, die weniger als fünf Quadratmeter messen. Sie

Europäische Politiker reden
wie Dr. Jekyll und handeln
wie Mr. Hyde.

hungern, weil sie nur noch jeden dritten Tag etwas zu essen erhalten. Laut eines Berichts der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen haben sich ihre Lebensbedingungen zusehends verschlimmert. Im Gefängnis Sabaa in der Hauptstadt Tripolis sei fast ein Viertel der Häftlinge unterernährt, darunter viele Kinder.

Laut Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) halten sich derzeit etwa 670.000 Flüchtlinge in Libyen auf. Die deutsche Botschaft in Niger hat schon 2017 in einem Bericht an das Bundeskanzleramt beschrieben, was mit den zurückgeschickten Flüchtlingen geschieht: „Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind an der Tagesordnung. Augenzeugen sprachen von fünf Erschießungen wöchentlich in einem der Gefängnisse – mit Ankündigung und jeweils freitags, um Raum für Neuankömmlinge zu schaffen.“ Eine Studie der Organisation Women's Refugee Commissi-

on kommt zu dem Schluss, dass fast jede durch Libyen fliehende Frau Opfer sexueller Gewalt wird. Überlebende sprechen von Vergewaltigungen mit Stöcken, von Verbrennungen der Genitalien, von abgeschnittenen Penissen, von Männern, die gezwungen wurden, ihre Schwester zu vergewaltigen. Von unvorstellbaren Grausamkeiten. Und all das ist in den letzten zwei Jahren geschehen.

Was also hat Mr. Juncker gegen die entsetzlichen Zustände unternommen? Nichts! Was könnte er unternehmen? Vieles. Was in Libyen geschieht, erfolgt nicht nur mit Duldung, sondern mit direkter Finanzierung der EU, denn libysche Grenzschützer sollen Schutzsuchende mit allen Mitteln an der Flucht hindern. Wenn also Flüchtlinge unter schrecklichen Bedingungen in Libyen leiden und sterben, geschieht dies als unmittelbare Folge einer gezielten EU-Politik.

Es wäre aber falsch, Repräsentanten dieser Politik wie Jean-Claude Juncker Heuchelei vorzuwerfen. Seine Entrüstung war bestimmt ehrlich empfunden. Er steht in einer europäischen Tradition, die seit der Französischen Revolution solidarische und emphatische Ideale in die Welt getragen hat, die Sklaverei abgeschafft und entscheidenden Anteil an der Formulierung der Allgemeinen Menschenrechte hatte. Dr. Jekyll bringt es auf den Punkt: „Trotz dieser tiefen Zwiespältigkeit war ich doch in keiner Weise ein Heuchler, denn mit beiden war es mir todernt. Ich war genauso ich selbst, wenn ich alle Hemmungen abschüttelte und in Schändlichkeit untertauchte, wie wenn ich, angesichts des Tages, an der Förderung der Wissenschaft oder an der Linderung von Not und Elend arbeitete.“

Die EU erklärt, dass sie „die nationalen Behörden unterstützt, um ihre Fähigkeit zur Bekämpfung der Schleuser zu stärken“. In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen den

libyschen Behörden und den Schmuggelbanden alles andere als klar. „Europäische Regierungen und Institutionen sagen immer wieder, dass sie sich für das Ende der willkürlichen Inhaftierung von Flüchtlingen einsetzen, aber sie haben keine entscheidenden Maßnahmen ergriffen, um dies zu gewährleisten“, erklärt Matteo de Bellis von Amnesty International.

Europäische Politiker reden wie Dr. Jekyll und handeln wie Mr. Hyde. Der deutsche Entwicklungshilfeminister Gerd Müller etwa entwirft immer wieder die große Weltrettung, doch am Ende seines Amtstages ist wenig Gutes passiert. Der Minister möchte, dass die westlichen Gesellschaften ihren Lebensstil grundlegend ändern: „Wir dürfen unseren Wohlstand nicht länger auf Sklaven- und Kinderarbeit und der Ausbeutung der Umwelt gründen.“ In seinem

Wären wir auf einem
Floss, würde ein solches
parasitäres, asoziales
Verhalten nicht geduldet
werden.

Buch „Unfair“ schreibt er: „Wir müssen in einen Zustand kommen, in dem alle Menschen auf dem Planeten in Würde leben können. Es gilt, endlich für alle Menschen die Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wasser, Wohnen und Arbeiten zu befriedigen, was für die Industrieländer, die sich diesen Wohlstand bereits erarbeitet haben, bedeutet, neu teilen lernen zu müssen. Ein weiteres Wachstum auf Kosten anderer darf und wird es auf Dauer nicht geben.“ In einer Festrede zu Ehren des katholischen Hilfswerks Misereor vor einem Jahr erklärte er: „'Ich erbarme mich' muss heute heißen 'Ich übernehme Verantwortung' für das, was in meiner

Macht steht. Und wir haben Macht! Als Konsumentinnen und Konsumenten. Als Unternehmen, die in aller Welt produzieren. Als Politik-Gestaltende großer Wirtschaftsmächte.“

Er zitiert in der Folge zustimmend die Forderung von Kardinal Frings, denen ins Gewissen zu reden, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bestimmen. All das ist ehrenvoll, Minister Jekyll formuliert einen klaren ethischen Auftrag, den ein jeder von uns in emphatischen Momenten empfindet. Meine Tochter lernte in der Schule, dass ein wohlhabender Schweizer so viel verbraucht wie ein ganzes afrikanisches Dorf. Wären wir auf einem Floss, würde ein solches parasitäres, asoziales Verhalten nicht geduldet werden.

Doch die politische Praxis sieht anders aus. In allen internationalen Gremien wird eine notwendige Neugestaltung des globalisierten Wirtschafts- und Finanzsystems verhindert. Seit vier Jahrzehnten wird auf verschiedenen administrativen Ebenen der Vereinten Nationen versucht, wirtschaftliches Handeln und Menschenrechte miteinander zu koppeln und verpflichtende Regeln zu erlassen. Zuletzt veröffentlichte die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte (IGWG) vor einem Jahr einen Entwurf eines Vertrags über Wirtschaft und Menschenrechte. Dieser „Null-Entwurf“ – so genannt, um anzudeuten, dass er vorläufig und veränderlich ist – war das Ergebnis jahrelangen Feilschens unter den Referenten. Nun soll er „diskutiert werden“, ein Euphemismus für die Betäubung aller strengen und rechtsverbindlichen Regeln hinsichtlich des oft brutalen und fast immer exploitativen Vorgehens internationaler Konzerne in ärmeren Ländern.

Zugleich scheiterten auch die Bemühungen des globalen Südens, in der von der OECD dominierten internationalen Steuerpolitik-Kom-

mission aufgenommen zu werden, am Veto des Nordens, auch Deutschlands. Das wäre der Weg gewesen, um die fiskalischen Möglichkeiten ärmerer Länder über regulative Maßnahmen auf internationaler Ebene, z.B. die Schließung von Steueroasen, die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und des Wettlaufs um Steuerdumping, zu erhöhen. Noch vor zwei Jahrzehnten war der Schuldenschnitt für die ärmsten Länder ein viel beachtetes politisches Thema. Es sprach alles für die Abschreibung der Schulden der Entwicklungsländer außer der eigenen Gier und Selbstsucht. Heute werden die eigenen Vorteile mit Klauen und Krallen verteidigt. Als der Zyklon Idai neulich Teile Mosambiks zerstörte, stießen die herzzerreißenden Bitten um Schuldenerlass auf taube Ohren. Nach Angaben des IWF gehört Mosambik zu jenen 35 Staaten, die sich in einer existenziellen Schuldenkrise befinden: Sie sind mit Zahlungen im Verzug und nicht in der Lage, ausstehende Kredite zu bedienen.

Wenn es um Geld geht, um „unseren“ Wohlstand, reckt Mr. Hyde sein hässliches Haupt und sabotiert den Kampf um Menschenwürde und gutes Leben für alle. Statt verpflichtender Regeln setzt die EU und die deutsche Regierung (auch Minister Müller) auf freiwillige Initiativen bei Umwelt- und Sozialstandards. Nehmen wir das Beispiel Palmöl. Vor einem Jahr fuhr ich zwei geschlagene Stunden durch den Norden Borneos, zu beiden Seiten der Straße nur Ölpalmen, soweit das Auge reichte, wo noch vor einer Generation Dschungel erblühte. Der Anblick: chemisch gedüngte Monokultur, Wachstum in Richtung Tod (nach zwei Jahrzehnten sind die Böden ausgelaugt). In der „Amsterdamer Erklärung“ wird nun angeregt, dass die für die beispiellose Naturzerstörung seit Jahrzehnten mitverantwortlichen Handels-, Agrar- und Ernährungskonzerne sich freiwillig im Rahmen von Multi-Stakeholder-Plattformen auf strengere Standards einlassen

und ihre Geschäftsmodelle auf einen nachhaltigen Kurs anpassen. Diese alte Idee hat nur einen Nachteil: Sie funktioniert nicht.

In der Landwirtschaft tobt sich Mr. Hyde besonders aus. Obwohl der jüngste Weltagrarbericht ein radikal anderes Landwirtschaftsmodell fordert, forcieren die EU und die mächtigsten Mitgliedsstaaten weiterhin den

Bekanntlich endet die
Geschichte von Dr. Jekyll
und Mr. Hyde schlecht.

Ausbau der industriellen Landwirtschaft samt dem massiven Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und lizenziertem Industriesaatgut. Dies dient vor allem den Profitinteressen der beteiligten Agrarkonzerne. Nachhaltige agrarökologische Anbauverfahren werden dagegen kaum berücksichtigt.

Man könnte sich ob dieser tiefen Schizophrenie die Haare raufen, aber es gibt auch Hoffnung. Ende des 18. Jahrhunderts war die Sklaverei so selbstverständlich wie heute die Container-Schifffahrt. Als in England kleine Gruppen die Sklaverei infrage stellten, wurde ihr ethisches Bekenntnis abgetan, denn der transatlantische Sklavenhandel war für Großbritannien sehr profitabel. Er sicherte Arbeitsplätze, er ermöglichte Vermögen, er garantierte Konsumgüter. Er war daher gerechtfertigt. Genauso wie heutzutage die eklatante soziale Ungleichheit und die Umweltzerstörung. Die Argumente Mr. Hydes sind von erstaunlicher Kontinuität. Und doch kam es nach einem fünfzigjährigen politischen Kampf zu einer Abschaffung der Sklaverei in Europa.

Auch das ist Teil der europäischen Tradition. In seiner eindringlichen Anklage „Crisis in Civilization“ gegen die britische Herrschaft in Indien bemühte sich der Dichter Rabindranath Tagore, zwischen Widerstand gegen Imperialismus und Ablehnung westlicher Zivilisation zu unterscheiden. Einerseits ersticke Indien „unter dem Eigengewicht der britischen Regierung“, andererseits dürfe es nie vergessen, was es durch Shakespeares Drama und Byrons Poesie und vor allem „den großzügigen Liberalismus der englischen Politik des 19. Jahrhunderts“ gewonnen habe. Die Tragödie bestünde darin, dass „das Beste in ihrer eigenen Zivilisation, die Wahrung der Würde menschlicher Beziehungen, bei den Regierungsgeschäften keine Rolle spielt“.

Bekanntlich endet die Geschichte von Dr. Jekyll und Mr. Hyde schlecht. Bemerkenswert, wie genau Robert Louis Stevenson, der weit gereiste Schotte, Europas doppeltes Wesen erfasst hat: „Zuzeiten stand Henry Jekyll entsetzt vor den Taten Edward Hydes. Doch unterlag diese Situation nicht den gewöhnlichen Gesetzen, und die Stimme des Gewissens wurde heimtückisch zum Schweigen gebracht. Schließlich war es Hyde, und Hyde allein, der schuldig war. Jekyll wurde deshalb nicht schlechter, er erwachte stets wieder – anscheinend unverändert – mit seinen guten Eigenschaften und beeilte sich, wo es möglich war, das wiedergutzumachen, was Hyde Böses getan hatte. Dadurch schläfernte er sein Gewissen ein.“



Der Schriftsteller Ilija Trojanow ist Mitglied des Kuratoriums der stiftung medico international. Mit Thomas Gebauer hat er medico-Projekte im globalen Süden besucht und das Buch „Hilfe? Hilfe! Wege aus der globalen Krise“ geschrieben.



Angela Merkel und Jean-Claude Juncker.

Foto: Kamil Zihnioglu / POOL / AFP

MERKEL VOR GERICHT?

Eine Klage in Den Haag wegen der Toten im Mittelmeer

So eine klare Sprache findet sich selten. Der israelische Anwalt Omer Shatz und sein französischer Kollege Juan Branco haben Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gegen europäische Politikerinnen und Politiker erhoben. Ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sei die EU-Politik. Die Toten im Mittelmeer, so Shatz in einem Zeit-Interview, „sind fester Bestandteil des Plans, die Migrationsströme aus Afrika einzudämmen. Diese Politik wurde in den letzten fünf Jahren vorsätzlich entworfen und umgesetzt.“

Beweise? Angela Merkel wisse über die Zustände in Libyen sehr genau Bescheid. 2017 habe sie eine Nachricht eines deutschen Botschafters aus der Region erhalten, in der er diese Lager wortwörtlich mit den „Konzentrationslagern der Nationalsozialisten“ verglich. Drei Tage später habe Merkel das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und Libyen unterzeichnet, das unter anderem die Rückführung von Migrant*innen nach Libyen regelt. Auf die Bemerkung, dass man 300 Menschen aus libyschen Lagern gerettet habe, antwortet Shatz: „Aber was ist mit den anderen rund 40.000 Menschen, die auf dem Mittelmeer abgefangen und in die Lager gebracht wurden?“

Projekte Projektionen

Grenzüberschreitend

Transborder-Camp: Austausch und Strategieentwicklung

Auf einer Stellwand, groß wie ein Fußballtor, markieren farbige Punkte, wo überall Initiativen und Organisationen der Transborder-Bewegung für die Verteidigung von Freizügigkeit eintreten: von Mauretanien über Afghanistan bis nach Nordengland. Aus diesem Kontext sind im Juli 2019 rund 500 Aktivist*innen bei Nantes zu einem Transborder-Camp zusammengekommen, darunter auch zahlreiche medico-Partner*innen. Deutlich wurde, wie wichtig der Austausch über die vielfältigen Flucht- und Migrationsbewegungen weltweit und unterschiedliche lokale Erfahrungen für Strategien zur Mobilisierung von Widerstand ist. Und während viele Gruppen in ihrem Engagement vor Ort auf sich alleine gestellt sind, macht das Camp erlebbar, dass sie Teil eines grenzüberschreitenden Netzwerkes sind. Neben aller Analyse und Strategieentwicklung ist diese Erfahrung bedeutsam: Der Einsatz für die Rechte von Flüchtenden und Migrierenden hat es aktuell nirgendwo leicht.



Spendenstichwort: Flucht und Migration

Mauern überwinden

Die WHO Watchers und die globale Gesundheitspolitik

Wenn es nicht um Ebola-Ausbrüche oder den Streit um Agrargifte geht, interessieren sich meist nur Expert*innen für die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation. Von dem, was in der multilateralen Arena in Genf debattiert wird, dringt für gewöhnlich wenig nach außen – und noch weniger gelangen kritische Perspektiven hinein. Diese unsichtbaren Mauern versucht das von medico mitgetragene People's Health Movement hartnäckig zu überwinden. Seit 2011 hat die Basisgesundheitsbewegung ihre Präsenz bei den jährlichen wichtigen Foren der WHO, dem Exekutivrat und der Weltgesundheitsversammlung, verstärkt: Eine hochmotivierte Gruppe meist junger Gesundheitsaktivist*innen aus aller Welt, die WHO Watchers, bereitet sich intensiv vor und bringt – in dem begrenzten Rahmen, der der Zivilgesellschaft eingeräumt wird – kritische Stellungnahmen ein. Wichtiger noch: Indem sie die Debatten in Echtzeit an einen großen Kreis von Interessierten vermittelt, sorgt sie für Transparenz. Im Mai 2019 hat medico die Teilnahme der Journalistin Maíra Mathias von der brasilianischen Partnerorganisation Outras Palavras ermöglicht. Verbindungen wie hier zwischen einem wichtigen Debattenportal für Gegenöffentlichkeit in Brasilien und dem PHM zu stärken, ist zentral. Denn, so Maíra, der Druck für eine gute Gesundheitspolitik muss in den Mitgliedsländern aufgebaut werden, damit er bis nach Genf dringen kann: Globale Gesundheit beginnt zu Hause.

Spendenstichwort: Gesundheit



medico-Partner NAPAD hilft auch dort, wo andere sich nicht hinwagen.

Dürre Normalität

Somalia: Wasserversorgung sichern

Bereits 2017 regnete es in Somalia so wenig, dass sich eine katastrophale Hungersnot abzeichnete. Massive internationale und lokale Hilfe verhinderte das Schlimmste. Doch zwei weitere trockene Jahre lassen die Dürre zur bedrohlichen Normalität werden. Um die Folgen abzuwenden und einer vom Klimawandel geprägten Zukunft zu begegnen, setzt die langjährige medico-Partnerorganisation Nomatic Association for Peace and Development (NAPAD), gefördert vom Auswärtigen Amt und medico, auf die Autonomie der Dörfer und Familien. So werden an Brunnen alte Dieselgeneratoren durch moderne Solaranlagen ersetzt, was die kollektive Wasserversorgung sicherer macht. Die Wasser-Komitees der Dörfer, die NAPAD begleitet, kümmern sich um die Instandhaltung. Gleichzeitig erhalten bedürftige Familien Unterstützung per „Mobile Money“. Durch Bargeld-Transfers auf Mobiltelefone können sie selber entscheiden, was für sie das Wichtigste ist – seien es Nahrungsmittel, Arztkosten oder Futter für die Tiere. Denn nicht alle haben die gleichen Bedürfnisse, aber alle haben das gleiche Recht auf ein Leben in Würde.

Spendenstichwort: Südafrika

Haltloses Geröll



Alle Fotos: medico

Zu einem Fluss aus Geröll ist die Lawine erstarrt, die den Ort Copa überrollte.

Simbabwe: Wirbelsturm Idai hat die schleichende Katastrophe nur verschärft. Besuch in einem zerstörten Dorf. Eine Reportage

Von Anne Jung

Die Wassermassen waren im März 2019 ohne Vorwarnung gekommen und hatten Copa überspült. Von den Bergen rauschten Schlammlawinen über den kleinen Ort hinweg. Mehr als 100 Häuser wurden fortgerissen oder schwer beschädigt, Geröll und Felsbrocken haben den wertvollen Ackerboden unter sich begraben. Rund drei Monate nach der verheerenden Sturmnacht kommt es hier, im bergigen Osten Simbabwes nahe der mosambikanischen Grenze, zu einer Begegnung, die einem epischen Theaterstück gleicht. Die Szenerie: vorne rechts eine riesige Geröllfläche, unwirklich anmutend wie eine Mondlandschaft; linkerhand ein notdürftig errichtetes Zeltlager für die Überlebenden. Es treten auf: Überlebende der Katastrophe und der Sprecher des Lagers, eine Regierungsbeamtin und Mitarbeiter*innen von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland und Simbabwe.

Als erstes ergreift Peter Mutisi das Wort. Er spricht ruhig und klar, als könnte die Präzision der Beschreibung ihm etwas von dem Halt zurückgeben, der in der Katastrophennacht vor seinen Augen fortgeschwemmt wurde. Er hat zusehen müssen, wie seine Frau und zwei seiner drei Kinder sich nicht mehr an dem Seil halten konnten, mit dem die Dorfbewohner*innen versuchten sich zu retten. Kurz darauf seien auch sein Haus und die Häuser seiner Verwandten, Nachbar*innen und Freund*innen in den Fluten verschwunden. Auch die Schulen wur-

den zerstört. Rund 100 Tage ist das her und noch immer sind Menschen in Copa der Erbarmungslosigkeit ausgesetzt, irgendwie durchzukommen und weiterzumachen. Peter Mutisi ist ihr Sprecher. Die Nächte sind kalt, berichtet er, die sanitären Anlagen ein einziger Krankheitsherd. Eine einzige Toilette steht den Menschen zur Verfügung, In dieser gespenstisch erstarrten Situation ist nichts vorhersehbar. Niemand weiß, wann Lebensmittel verteilt werden; mal kommt Öl, mal Reis, oft gar nichts. Das provisorische Lager könnte jederzeit geräumt werden. Die Perspektivlosigkeit und die Willkür des Staates münden in Ohnmacht.

Welche Zukunft?

Andere Dorfbewohner*innen pflichten Peter Mutisi bei und ergänzen. Nicht einmal die psychosoziale Versorgung für die oft schwer traumatisierten Menschen, die ohnmächtig dem Verlust ihrer Liebsten zuschauen mussten, trägt dazu bei, wieder Vertrauen gewinnen zu können, im Gegenteil: „Fast jedes Mal kommt jemand Neues“, berichtet eine der Überlebenden. „Immer wieder müssen wir von vorne über die schlimmen Ereignisse sprechen.“ Die Unberechenbarkeit des täglichen Überlebenskampfes paart sich mit der Unsicherheit, die durch die Katastrophe ausgelöst wurde. Wie die Menschen sich in Zukunft schützen können? Wie es weitergehen oder gar besser werden

kann? Hierauf gibt es keine Antwort. Nach den Fluten sind die Menschen längst wieder der Trockenheit ausgesetzt. In Simbabwe schlägt der Klimawandel schon seit Jahren in Form fortgesetzter Dürre zu, nur war diese keine Meldung in den Medien wert. 2019 ist das regenärmste Jahr seit 40 Jahren. Idai hat nun auch noch die wenigen verbliebenen Vorräte mit sich gerissen und Saatgut zerstört. Die leise Katastrophe der Hungersnot wird schwer aufzuhalten sein.

Tafadzwanashe Nkrumah und Edgar Mutasa, zwei Mitglieder der medico-Partnerorganisation Community Working Group on Health (CWGH) treten zu der Gruppe um Peter Mutisi hinzu, machen sich Notizen und hören den Berichten aufmerksam zu. Nachdem Idai den Distrikt Chimanimani verwüstet hatte, setzt sich die medico-Partnerorganisation für eine gemeindenahe Nothilfe ein. So hat die CWGH die Verteilung von Nahrungsmitteln, Solarlampen und Hygieneartikeln an rund 100 Haushalte in notdürftigen Camps koordiniert. Systeme zur Wasseraufbereitung und Moskitonetze haben zur Cholera- und Malariaprävention beigetragen. Besonders wichtig für die Menschen seien Töpfe gewesen, weil sie dadurch wieder selbst Essen zubereiten konnten. Handeln können, statt erdulden müssen – darum geht es.

Eine Beamtin der Regierung aus der Provinzhauptstadt Mutare steht auch in der Runde und strahlt aggressive Teilnahmslosigkeit aus. Nur wenn ihr Handy klingelt oder sie angeregt auf ihrem Telefon tippt, kommt Leben in ihr Gesicht. Von einem Staat, der nach einem kurzen Frühling der Post-Mugabe-Ära längst wieder zum politischen Alltag der Einschüchterung zurückgekehrt ist und der einen Großteil der Staatseinnahmen für die Erhaltung des eigenen Machtapparats aufwendet, ist in diesen Zeiten nichts Gutes zu erwarten. Tatsächlich ist die Regierungsvertreterin nur aus einem einzigen Grund nach Copa gekommen: um mit kritischen Ohren



Peter Mutisi (re.) hat seine Frau und zwei seiner drei Kinder verloren.

die Arbeit der Hilfsorganisationen zu überwachen und jedes längere Gespräch zwischen Überlebenden und Hilfsorganisationen zu verhindern. In ihrer Empathielosigkeit steht die staatliche Repräsentantin in dieser Runde auch stellvertretend für die schwere sozioökonomische Krise des Landes und der politischen Elite. Die Preissteigerungen für Lebensmittel und Benzin erschweren nicht nur das Leben eines Großteils der Bevölkerung – selbst die Ärztinnen und Ärzte des Landes geraten in ökonomische Notlage –, sie erschweren auch die Hilfstätigkeit für die Überlebenden des Wirbelsturms. Auf soziale Proteste reagiert die Regierung wie jüngst in der Hauptstadt Harare mit dem Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas.

Doch nicht alle Vertreter*innen des Staates begegnen dem Krisengeschehen des Landes so gleichmütig. Es gab diesen Moment in dem ebenfalls von Idai betroffenen Bergort Chimanimani, als der zuständige District Officer des Ortes sich die Zukunft der Überlebenden, die auch hier in Zeltlagern leben, ausmalt. Es werde gute Häuser geben, versichert er, Schulen, ein Krankenhaus. Die Toiletten werden Wasserspülung haben. Er selbst wusste in diesem Moment, dass dies niemals eintreten wird, dennoch war dies ein wahrhaftiger Moment voller Empathie

für die Opfer und Verzweiflung über die Ohnmacht der eigenen Handlungsunfähigkeit in dem politischen System.

Stärke der Gemeinden mobilisieren

Zurück in Copa. Von einem Lastwagen werden Kartons voller Reis abgeladen. Gespendet hat sie Strive Masiyiwas, Gründer der Telekommunikationsfirma Econet und einer der reichsten und berühmtesten Menschen Simbabwe. Privatwirtschaftliche Hilfe wie diese lindert allenfalls die Symptome der Bedürftigkeit. An den Ursachen ändert sie nichts. Genau darauf kommen Tafadzwanashe Nkrumah und Edgar Mutsa von der CWGH jetzt zu sprechen. Sie fordern die Verantwortung des Staates ein – angesichts der akuten Krise, aber auch über den Tag hinaus. Hierfür setzen sie auf die Mobilisierung von unten, in den Dörfern und Gemeinden. Am Vortag war es CWGH gelungen, in Mutare rund 100 Vertreter*innen von Überlebenden der Idai-Katastrophe, aus den Gemeinden und von zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammenzubringen. Gemeinsam suchten sie nach Wegen, wie sich die Ohnmacht überwinden lässt, und formulierten Forderungen an die Regierung.

Humanitäre Organisationen, so der Philosoph Giorgio Agamben, können das menschliche Leben nur noch in der Figur des nackten Lebens erfassen und unterhalten deshalb gegen ihre Absicht eine geheime Solidarität mit den Kräften, die sie bekämpfen sollten. Die Community Working Group on Health tut alles dafür, dass genau das nicht geschieht. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Stimmen der Betroffenen in Notfallsituationen mundtot gemacht werden“, hatte die CWGH schon bei dem Treffen in Mutare eingefordert.

Peter Mutisi macht noch einmal deutlich, was die Menschen in Copa brauchen, von Verläss-

lichkeit bei den Hilfslieferungen bis zur Kontinuität bei der psychosozialen Unterstützung. Außerdem müsse das traditionelle System, in dem Verwandte dabei helfen, das Vertrauen in die Welt wiederherzustellen, gestärkt werden. Es geht um Auswege aus der Ohnmacht. „Man muss doch die Möglichkeit bekommen, das eigene Leben zu gestalten“, sagt Peter Mutisi zum Abschluss des Gesprächs.

Die Community Working Group denkt über die Katastrophe hinaus. „Es ist fatal“, sagt Itai Rusike, der Direktor der CWGH, „dass die Gemeinden bei jeder Choleraepidemie, einem Typhusausbruch oder durch Idai aus dem Tiefschlaf geweckt werden.“ Um Katastrophen wie diese zu verhindern, bedarf es einer grundlegenden Verbesserung der Infrastruktur. Dass diese jedoch nur gegen Widerstände durchzusetzen ist, davon zeugt ein Schild im Büro der CWGH. Auf ihm steht: „Eure gebrochenen Versprechen bringen uns um.“



Anne Jung beschäftigt sich seit so vielen Jahren mit Simbabwe, dass man fast von einer persönlichen Beziehung sprechen kann. Nicht ohne Trauer angesichts des anhaltenden Niedergangs.

medico weitet die Arbeit in Simbabwe aus und kooperiert mit gemeindebasierten Organisationen in den betroffenen Regionen, die Wiederaufbauarbeit leisten und die Folgen des Klimawandels und psychosoziale Gesundheit thematisieren. In dem massiv von Idai betroffenen Mosambik stärken die Projektpartner*innen die kleinstädtischen Gemeinden bei der Durchsetzung von Landrechten und setzen sich für eine gerechte Ressourcennutzung ein.

Spendenstichwort: Wirbelstürme Südafrika

Nicht mehr stumm

Die palästinensische Flüchtlingsgemeinde im Libanon hat ihre politische Kraft wiederentdeckt

Von Zafer Al Khateb

Seit 70 Jahren leben Hunderttausende palästinensische Geflüchtete im Libanon entrechtet in Lagern und abgezielten Stadtteilen, abgegrenzt von der libanesischen Mehrheitsgesellschaft. Ihre Lage ist der beredte Ausdruck eines ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikts, in dem ihre Situation gar nicht berücksichtigt wird wie im Oslo-Abkommen, oder lediglich Spielball in vermeintlich übergeordneten Interessenspolitiken ist. Die Verzweiflung äußerte sich durch Jugendgangs, die die Lager terrorisierten. Nun aber gibt es einen Aufstand der Zivilgesellschaft. Das Recht auf Rückkehr spielt dabei nach wie vor eine Rolle. Denn die Nakba, also die Vertreibung der Palästinenser*innen aus Israel, ist Ursache ihres Flüchtlingsdaseins und damit auch Bestandteil ihrer kulturellen Identität. In dem Maße, wie sie jetzt auf ihre Bürger*innenrechte pochen, wird die Forderung nach Rückkehr vor allen Dingen eine nach der Anerkennung ihrer leidvollen Geschichte.

Plötzlich und ohne Vorwarnung sind die Palästinenserinnen und Palästinenser im Libanon aus ihrer anhaltenden Stummheit erwacht und sind politisch aktiv geworden. Und das just in einem Moment, in dem viele Menschen im Libanon eher dazu neigen, sich aus öffentlichen Angelegenheiten herauszuhalten. In einer Zeit allgemeiner Zurückgezogenheit haben sich also die

Palästinenser*innen mit einer neuartigen Vitalität den öffentlichen Raum, die Straße, zurückerobert und das Programm einer politischen Bewegung entwickelt, die alle sozialen Schichten miteinbezieht. Im Wesentlichen geht es darum, dass die palästinensischen Geflüchteten ihr Recht auf ein Leben in Würde und unter dem Dach der Menschenrechte einfordern. Der Protest geht mittlerweile in die fünfte Woche. Die

Sie beansprucht Rechte für sich selbst in ihrer jetzigen Gegenwart.

Rede ist von einer Intifada für zivile und soziale Rechte der Palästinenser*innen. Dem Protest gelingt es, verschiedene politische und soziale Gruppen zusammenzuführen. Er äußert sich durch zivilen Ungehorsam wie Boykott der libanesischen Läden. Gleichzeitig erfährt er Solidarität in der libanesischen Zivilgesellschaft.

Diesen Aufbruch, aus einem Zustand der Frustration und des Pessimismus, hin zu einer Bewegung für Gerechtigkeit und Freiheit herunterzuspielen oder ihn gar gegen vermeintlich übergeordnete palästinensische Interessen oder solche des libanesischen Staates zu stellen, wäre ein großer Fehler. Natürlich kann man mit

kleinen Zugeständnissen und Symbolpolitik die Lage wieder beruhigen. [Zum Beispiel erlauben die Behörden den Palästinenser*innen plötzlich, sich bei der Einreise am Flughafen am Schalter für libanesischen Bürger*innen und nicht mehr an dem für Ausländer*innen einzureihen. Red.] Aber nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist die Tatsache, dass die palästinensischen Bewohner*innen des Libanon begreifen, in welcher dramatischen Lage sie sich befinden.

Die palästinensischen Geflüchteten, die im Libanon zumeist in vierter Generation leben, sind sozial extrem marginalisiert. Sie haben keine Rechte und werden durch Gesetze, staatliche Prozeduren, Polizei, Zoll und autoritäre Traditionen, durch all das, was ich als tiefen Staat bezeichne, in ihrem täglichen Leben systematisch behindert. Zwei Drittel der Geflüchteten, so das zuständige UN-Komitee UNWRA, lebt unterhalb der Armutsgrenze. Dass das noch immer so ist, liegt auch daran, dass die politischen Vertreter*innen der Geflüchteten insbesondere nach Ende des libanesischen Bürgerkrieges auf fragwürdige Weise Rücksicht auf das austarierte libanesisches Gleichgewicht aus den unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen und deren Prioritäten genommen hat. Die Interessen der palästinensischen Gesellschaft haben sie hintenangestellt.

Unterdessen hat sich die Sicht auf den Libanon verändert. Die palästinensische Gemeinde im Libanon will nicht mehr nur die Souveränität des Landes achten und gleichzeitig die eigene kulturelle palästinensische Identität bewahren, zu der auch die politische Forderung nach einem Recht auf Rückkehr gehört. Sie beansprucht auch Rechte für sich selbst in ihrer jetzigen Gegenwart. Diesen Wechsel hat das offizielle Palästina, repräsentiert durch die palästinensische Autonomiebehörde (PA), bislang nicht mitvollzogen. Es gibt also einen Konflikt zwi-

schen den palästinensischen Bewohner*innen des Libanons und der Politik der PA. Dieser darf nicht auf Kosten der gemeinsamen politischen Ziele auch gegenüber Israel gehen. Aber er kann auch nicht zu Lasten der im Libanon lebenden Geflüchteten gehen.

Schon jetzt ist der palästinensische Aufstand erfolgreich. Er hat die geplante massive Einschränkung palästinensischer Arbeiterrechte erst einmal gestoppt. Erstmals gibt es eine Einheit unterschiedlicher sozialer und politischer Bewegungen, die dadurch auch ein neues Bewusstsein ihrer Handlungsmöglichkeiten gewonnen haben. Mehr noch: Zum ersten Mal liegen die palästinensischen Angelegenheiten im Libanon nicht in den Händen des Sicherheitsdienstes oder der Armee, sondern in denen des Ministerrats. Wir sind kein Sicherheitsproblem. Es geht um unsere bürgerlichen Rechte.



Zafer Al Khateb ist Präsident des medico-Partners Nashet, der im Flüchtlingslager Ein El Hilweh seit Jahrzehnten Maßnahmen zur politischen Bildung von Jugendlichen und Frauen durchführt.

Als das Oslo-Abkommen 1993 zwischen der PLO und Israel verabschiedet wurde, blieb die Situation der Geflüchteten im Libanon, unberücksichtigt. medico entschied damals entgegen dem Hilfetrend, der sich auf die besetzten Gebiete konzentrierte, die Arbeit im Libanon auszuweiten. Seither unterstützen wir Nashet in Ein El-Hilweh. Gerade arbeiten wir an der Ausweitung der Nahrungsmittelsouveränität der Bewohner*innen durch Dachgärten, weil das Pilotprojekt ein schlagender Erfolg war.

Spendenstichwort: Libanon

Falsch geg Republiken



Nach den gescheiterten Versuchen in Lateinamerika, mit Ressourcenabbau umzuverteilen und auf eine Demokratisierung der Staatlichkeit zu hoffen, stellen sich die Fragen nach Emanzipation neu. Die Antworten können unterschiedlicher nicht sein: eine heterogene Frauenbewegung im Cono Sur, Migration aus der Gegenwart in Zentralamerika, eine Umweltbewegung wider den Freihandel à la TTIP.

ründete



Foto: Gabriel Scelzo / NurPhoto

Das grüne Halstuch als neues Symbol des Feminismus: Demonstration für das Recht auf Abtreibung vor dem argentinischen Parlament.

Häretikerin des Patriarchats

Ein Gespräch mit Rita Segato über Parastaatlichkeit, das Scheitern progressiver Regierungen und den feministischen Aufbruch in Lateinamerika



Foto: Beto Monteiro, Seacom UnB, CC BY 2.0

Die argentinische Anthropologin Rita Segato gehört zu den einflussreichsten lateinamerikanischen politischen Intellektuellen. Bekannt wurden u.a. ihre Forschungen über Genderfragen und ihre Beziehung zu Rassismus und Kolonialität. Zurzeit beschäftigt sie sich mit einer „Ethik des Ungehorsams“.

Im Juni 2019 fand in Frankfurt die Konferenz „Geographien der Gewalt“ statt. Wissenschaftler*innen und Journalist*innen aus Lateinamerika, darunter Rita Segato, eröffneten dem Publikum eine Diskurswelt jenseits linker Orthodoxien und suchten nach einer emanzipatorischen Perspektive unter den Bedingungen eines „apokalyptischen Kapitalismus“. Im Rahmen der Konferenz fand auch dieses Interview statt.

Feministische Bewegungen in Lateinamerika sind in den letzten Jahren weithin sicht- und hörbar geworden, fast wie eine Explosion an Gedanken und Wünschen, die sich lange angesammelt haben. Woher kommt plötzlich diese Kraft?

Ich würde nicht von einem neuen Feminismus sprechen. Die feministische Bewegung in Lateinamerika hat eine 70 Jahre lange Tradition und eine Kontinuität. Es findet eine Akkumulation von Erfahrungen und von unterschiedlichen Formen der Rezeption statt. In allen Ländern gibt es unzählige Publikationen und NGOs, die sich feministisch verstehen. Zum Beispiel ist auch ein indigener Feminismus entstanden. Ein Wendepunkt waren allerdings die Feminizide, also die systematische Ermordung von Frauen, wie sie unter anderem in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juarez stattfinden. Heute erlebt die feministische Bewegung einen Höhepunkt und sie nimmt sich den öffentlichen Raum. An den großen Demonstrationen, die gerade überall stattfinden, nehmen vor allen Dingen Hunderttausende Mädchen und junge Frauen teil. Die Frauenmärsche unterscheiden sich von anderen politischen Demonstrationen, weil ein gemeinsamer Raum entsteht, in dem auch körperlicher Kontakt möglich ist und stattfindet. Es wirkt, als wären

sie auf einem großen Fest auf der Straße – trotz eines zum Teil massiven Polizeiaufgebotes. Die Interviews mit jungen Teilnehmerinnen haben mich perplex gemacht: Sie sind so ge-
scheit und selbstbewusst. Sie sind, so scheint es mir, in ein anderes geschlechtliches Selbstverständnis hinein geboren worden. Sie haben ein Verständnis von Geschlecht, das viel grö-

Die jungen Frauen stellen durch ihr Sein die patriarchale Ordnung und damit alle Hierarchien in Frage.

Bere Autonomie und Selbstbestimmung über ihren Körper zulässt. Für uns waren diese Themen ein zu verwirklichendes Programm, für sie sind sie Wirklichkeit. Das ist eine Revolution, die schon stattgefunden hat. Und das erklärt auch, warum die fundamentalistischen Teile der katholischen und evangelischen Kirchen mit allen Mitteln versuchen, diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren: Diese jungen Frauen stellen durch ihr Sein die patriarchale Ordnung und damit alle Hierarchien fundamental in Frage. Denn das Patriarchat ist die erste Pädagogik für hierarchische Beziehungen und Verhältnisse.

Könnte man diese Veränderungen nicht auch als Ergebnis einer Liberalisierung verstehen, die der Individualisierung durch die Urbanisierung geschuldet ist?

Auf keinen Fall. An den Frauendemonstrationen nehmen unterschiedliche Schichten teil, die Mittelschicht ebenso wie die schwarze Bäuerin. Was es allerdings gibt, ist eine verschärfte Form männlicher Gewalt. Das zeigt sich in den Feminiziden und in den Banden, die die kooperative männliche Ordnung stärken

und konsolidieren. Es handelt sich um eine männliche Bruderschaft, die sich über die Vergewaltigung stärkt und über das weibliche Opfer konsolidiert. Die Vergewaltigungs-, Verstümmelungs- und Mordakte gegen unbekannte Frauen lassen sich nicht damit begründen, dass die Frauen selbstbewusster und organisierter sind. Wenn Frauen in der anonymen Ordnung der Straße vergewaltigt und ermordet werden, ist das nicht als Reaktion auf den Feminismus zu erklären. Maskulinität ist Synonym von Potenz. Um ein Mann zu sein, muss man Potenzbeweise liefern, sei es die sexuelle, die kriegerische, politische oder ökonomische oder auch die intellektuelle Potenz. Die Suche nach Ausdruck von männlicher Potenz verschärft sich mit der Prekarisierung des Lebens als eine Konsequenz des Neoliberalismus. Diese Prekarisierung des Lebens führt dazu, dass sich die maskuline Potenz über Gewalt äußert. Denn das Mandat der Maskulinität verpflichtet zum Töten. Wenn sich die Männer von dieser Maskulinität befreien wollen, brauchen sie die Frauenbewegung.

Ersetzen die Frauenbewegung und der Kampf um die Pluralität der Lebensentwürfe die Idee vom Klassenkampf als emanzipatorische Idee? Kann das die Leere füllen, die das Scheitern des Marxismus hinterlassen hat?

Ich bin politisch im Marxismus aufgewachsen. Aber wir sind sehr weit entfernt von der Epoche, in der sich der Kapitalismus aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und aus der Produktion von Mehrwert erklärte. Die marxistische Auffassung von der Kapitalakkumulation über die Mehrwertproduktion trifft auf eine Zeit zu, in der das auf legalem Wege geschah. Heute aber findet ein großer Teil der Kapitalakkumulation in der zweiten Realität statt: Jedes große Unternehmen steht mit einem Fuß in der Illegalität in irgendeinem Land der Welt, wo das möglich ist. Politikvorstellungen, die ihren Schwerpunkt in den Arbeiterkämpfen

sehen, reflektieren diese neue Wirklichkeit nicht. Die Marx'sche Kritik an der entfremdeten Arbeit hingegen benutze ich ständig. Denn sie erklärt, wie der Körper zur Sache wird. Diese Verdinglichung des Lebens ist das Problem der Gegenwart. Am deutlichsten wird das in der Prostitution, was nicht immer so war. Heute befinden sich die Bordelle nah an den Orten des Extraktivismus, den Erdölfeldern oder den

Ich glaube nicht, dass der Klassenkampf der Motor der Geschichte ist. Der antipatriarchale ist es sehr wohl.

Minen. Dort wird eine Pädagogik der Grausamkeit gelehrt. Denn dort lernt man, den Körper und das Leben als Sache, als Ware zu sehen. Da gehe ich mit Marx. Ich glaube nicht, dass der Klassenkampf der Motor der Geschichte ist. Der antipatriarchale Kampf ist es aber sehr wohl.

Nicht nur die lateinamerikanische Linke hat geglaubt, man müsse nur die Staatsmacht erringen und Dinge werden sich grundlegend ändern. Was lehrt uns die jüngste Erfahrung linker Regierungen in Lateinamerika?

Man muss unbedingt aus der Geschichte lernen. Und man kann keine Transformation hin zu einer Gesellschaft, die für mehr Menschen lebenswert ist, erreichen, wenn das Patriarchat, das den Kern dieser Staaten ausmacht, nicht angerührt wird. Denken Sie nur an eine Figur wie Ortega. Ich war zum ersten Jahrestag der sandinistischen Revolution in Nicaragua. Ich sah, wie die Helden der Revolution von der Bühne gingen: Borge oder Ortega. Ortega war angezogen wie Fidel. Von oben bis unten im olivgrünen Militärstil, mit einer Waffe in der

Hand. Zwei Tage später vergewaltigt er ein zehnjähriges Mädchen, das unter seinem Schutz stand. Tschüss Revolution, Tschüss Idee vom revolutionären Helden. Leider ist der revolutionäre Tempel im Allgemeinen sehr machistisch. Auf einem Markt in El Salvador fand ich kürzlich ein Hemd, auf dem Farabundo Marti, Sandino, Erzbischof Romero und Che Guevara abgebildet waren. Ich wollte es kaufen, aber eine Salvadorianerin schrie mich an, ich solle das lassen. Erst da habe ich mir vergewagt, wie sehr die Revolutionen das Patriarchat verinnerlicht haben. Wir haben das revolutionäre Patriarchat mit der Muttermilch eingesogen. Erst jetzt haben wir das Vokabular, um darüber zu sprechen. Bislang war das Häresie.

In welchem Verhältnis steht das Patriarchat zum doppelten Staat, ein Begriff, mit dem Sie lateinamerikanische Staatlichkeit beschreiben?

Die Theorie vom doppelten Staat geht auf den deutsch-amerikanischen Juristen Ernst Fraenkel zurück, der damit die nationalsozialistische Staatlichkeit beschrieb. Gemeint ist damit, dass es zwei Legalitäten, zwei Gerichtsbarkeiten, zwei Wirklichkeiten gibt. Dass es zum Beispiel zwei Arten von Recht gibt: eines für „Verdächtige“ und eines für „Unverdächtige“. Unsere Staaten haben nie den kolonialen Blick auf diejenigen aufgegeben, die sie verwalten. Was aber ist die wichtigste Charakteristik einer kolonialen Administration? Eine Kolonialadministration verwaltet das Leben, das Territorium, die Ressourcen für ein Wohl außerhalb dieses Territoriums. Die kreolischen Eliten haben diese Exterritorialität der Interessen in Bezug auf die Völker, die Räume und Ressourcen seither erhalten. So gibt es trotz der Unabhängigkeit eine Kontinuität der Kolonialität. Diese Republiken sind falsch gegründete Republiken. Die einheimischen Eliten haben Institutionen geschaffen, die die Aneignung

nung von Territorien zum Ziel hatten. Daraus ist eine parastaatliche Institutionalisierung entstanden, um das Leben zu kontrollieren. Es gibt eine Paraökonomie und immer größere Teile unserer Bevölkerung werden von einem Parastaat kontrolliert: durch die Parapolizei und Paramilitärs, durch eine Paralegalität, die ganz andere Regeln verfolgt als der Rechtsstaat, der eine Fiktion ist, und durch eine Paranormativität, die andere Regeln für das aufstellt, was man tun darf und was nicht. Auch die Frauenmorde in Ciudad Juarez fanden im zweiten Staat statt. In Guatemala, Honduras und El Salvador würde ich von einer kompletten zweiten Realität sprechen. Millionen von Menschen leben hier in einer Welt, zu der der Staat keinen Zugang hat und in der es trotzdem Normen gibt. Die öffentliche Sphäre der Parastaatlichkeit ist eine Gegenwirklichkeit. Sie hat verschiedene Formen: Die Repression

Den größten Schrecken kann man verbreiten, indem man extreme Gewalt an einem unschuldigen Körper vollzieht.

im autoritären Staat, die Gewalt der Polizei in den Demokratien, die auch parastaatlich handelt, zum Beispiel mit den extralegalen Tötungen, die organisierte Gewalt, was nicht dasselbe ist wie die Banden. Die Menschen in diesen Sphären sind ihr ausgesetzt, den Staat gibt es scheinbar nicht. Diese Abwesenheit ist jedoch eine Form seiner Präsenz. Das Überlassen der Menschen an die Parastaatlichkeit ist seine Form der Anwesenheit.

Um die Macht und Gegenmacht in den falsch gegründeten Republiken Lateinamerikas, aber

auch den apokalyptischen Kapitalismus zu beschreiben, benutzen sie das Wort Dueñidad. Was meinen Sie damit?

Wir leben in einer Welt der Besitzenden. Besonders interessant ist nicht die Kluft, sondern der Rhythmus, in dem die Welt in Besitz verwandelt wird. Denken wir nur an das vergangene Jahr, als Bayer Monsanto gekauft hat. Oder die Küste in Chile: 4.000 Kilometer gehören nicht den Millionen von Chilen*innen, sondern neun Familien. Das gesamte kultivierte Territorium der USA von gigantischer Größe gehört 10 Prozent der Bevölkerung. Jedes Jahr wird die Zahl der Besitzenden kleiner, aber ihr Besitz größer. Die Welt der Dueñidad ist ein Territorium des Parastaats, sie breitet sich mit ihren Tentakeln überall aus und äußert sich mit einer willkürlichen, beliebigen Gewalt. Das ist eine Gewalt, die nicht den Regeln folgt, die wir Staatsbürger kennen. Es ist eine überdimensionierte Gewalt auf Frauenkörper und zeigt sich im Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudierenden in Ayotzinapa [Mexiko]. Diese Grausamkeit hat keinen Sinn und ist nicht die des klassischen Krieges. Den größten Schrecken kann man verbreiten, wenn man extreme Gewalt an einem unschuldigen Körper vollzieht. Die Gewalt selbst ist eine Botschaft des Besitztums, der Dueñidad, die sagt, dass man fähig ist grausam zu handeln. Deshalb ist für mich der anti-patriarchale Kampf der Vektor der Geschichte.

Wie reflektieren Sie die Erfahrung mit den progressiven und linken Regierungen in Lateinamerika?

Ihr Ziel war es, einen Wohlfahrtsstaat zu errichten. Dafür gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man entschleunigt den Rhythmus der Akkumulation und der Konzentration des Kapitals. Das wurde aber weder in Argentinien noch in Brasilien ernsthaft versucht, im Gegenteil. Oder man veräußert die strategischen Ressourcen als Waren auf dem globalen Markt. Das haben die linken Regierungen gemacht

und dabei haben sie kommunale Formen der Souveränität über das Territorium und über die Produktion von Nahrungsmitteln, regionale und kommunale Märkte zerstört. Landschaften wurden durch Fracking oder ungesicherte Überlaufbecken der Minen vergiftet. Funktioniert hat es nicht. Der Staat ist darauf ausgerichtet, sich Gemeingut anzueignen, weil er im Inneren ein zutiefst kolonialer Staat ist, der sich gerade wieder in einen kolonisierenden Staat verwandelt. Diesen Staat haben die progressiven Regierungen durch Wahlen zur Verwaltung erhalten. Das politische Territorium des Staates beherrschen jedoch Allianzen und Netzwerke. Die Politik der progressiven Regierungen hat sich in enormer Geschwindigkeit desideologisiert und ebenfalls in ein Territorium von Allianzen verwandelt, aus linken Politikern wurde ein Netzwerk von Managern und Freunden. Verheerend war zudem der sogenannte demokratische Vertikalismus: In allen progressiven Regierungen wurden abweichende Meinungen ausgeschlossen, nirgendwo durften Zweifel geäußert werden. Die Netzwerke isolierten sich und hörten auf niemanden mehr. Ich habe lange Jahre in Brasilien gelehrt. Es war traurig mit anzusehen, wie eine Partei wie die PT, die eine interessante Mischung aus Bewegung und Partei war, diesen Prozess der Verwandlung in einen elitären Zirkel vollzog.

Das Pantheon der Revolution ist leer. Gibt es neue Anwärtinnen oder Anwärter?

Eine der großen Figuren des antipatriarchalen Kampfes heute ist für mich Chelsea Manning. Sie erzählte kürzlich in einem Interview mit der New York Times, wie sie als Junge in einer Familie im Nordosten aufwuchs, mit einem Vater, der bei der US-Marine war und anschließend als IT-Fachmann arbeitete. Der überredete den Jungen zur Armee zu gehen, um sich zu „stabilisieren“. Die IT-Kenntnisse von Chelsea waren für die Armee von höchstem Interesse und so wurde sie im Irak-Krieg als nachrichten-

dienstliche Analytikerin eingesetzt. Eines Tages sei sie von einer Kaserne in eine andere gebracht worden und erlebte auf dem Weg einen direkten militärischen Angriff. Da habe sie begriffen, dass aufgrund ihrer Informationen tatsächlich Menschen aus Fleisch und Blut sterben, deren Körper leiden, und keine Computerfiguren. Mit ihrer Ausbildung als IT-Spezialistin, die im Irak nachts arbeitete und tagsüber schlief, habe sie keine Vorstellung davon gehabt, wie der Körper leidet. Sie war programmiert auf eine psychopathische Persönlichkeit, also auf eine nicht-empathische Persönlichkeit. Sie hat sie überwunden. Das ist für mich die erste Konversion von Chelsea Manning. Nach dieser Konversion fängt sie an, Unmengen an Geheiminformationen an Wikileaks zu übergeben. Dann wird sie verhaftet und viele Jahre in totaler Isolation gehalten. Dort erlebt sie ihre zweite Konversion und entdeckt ihre Weiblichkeit und vollzieht eine Geschlechtsumwandlung. Sie ist eine Heldin unserer Zeit.

Das Interview führte Katja Maurer.



Die Auf- und Umbrüche der politischen Linken in Lateinamerika sind ein Thema, das Katja Maurer seit vielen Jahren journalistisch begleitet. Die Sprache Rita Segatos kennenzulernen, war für sie wie einen Schatz zu finden.

Eine Region, die nicht zählt

Flucht aus Zentral-
amerika

Hunderttausende Menschen sind aus den Ländern des „Triángulo Norte“ vor Gewalt, Korruption und Straflosigkeit geflohen.



Solange die Länder Zentralamerikas nichts als Beute ihrer Eliten sind und die USA unter Trump die Lage weiter verschärfen, wird der Exodus aus der Region weitergehen

Von Moritz Krawinkel

In Guatemala wurde gewählt und wie in so vielen Ländern Lateinamerikas hat ein Ultrarechter gewonnen. Alejandro Giammattei steht für den „Pakt der Korrupten“, den Parlamentarier*innen gegen die Verfolgung durch die Internationale Ermittlungskommission gegen die Straflosigkeit (CICIG) gebildet haben. 2006 hatte eine Übereinkunft zwischen den Vereinten Nationen und Guatemala den Weg für die Verfolgung von Schwerverbrechen geebnet. Seitdem ist die Elite des Landes zunehmend in den Fokus der Internationalen Ermittlungskommission geraten. Ihre Arbeit in Guatemala steht nun endgültig vor dem Aus.

Dass der indigenen Kandidatin Thelma Cabrera bei den Wahlen mit über zehn Prozent der Stimmen ein Achtungserfolg gelang und auch andere progressive Kandidat*innen ein paar Prozent errangen, kann nicht über die Aussichtslosigkeit der Lage hinwegtäuschen. Die einzige Gegenkandidatin mit echten Erfolgchancen, die frühere Vorsitzende des Obersten Gerichts Thelma Adana, ist im Vorfeld von den Wahlen ausgeschlossen worden. Das CICIG-Mandat wurde nach diversen Angriffen aus dem Lager des bisherigen Präsidenten Jimmy Morales nicht verlängert und läuft im September 2019 aus. 2020 kann die Regierung außerdem Teile des bislang relativ unabhängigen Verfassungsgerichts mit ihren Leuten neu besetzen. Auf weitere Erfolge in der juristischen Aufarbeitung gegen die Eliten ist nicht mehr zu hoffen.

Unendlich lange scheint es her, dass mithilfe eines zufällig entdeckten Polizeiarchivs und dank der institutionellen Aufbauarbeit von medico-Partner*innen eine Aufarbeitung der Bürgerkriegsverbrechen einsetzte und der frühere Diktator Efraín Ríos Montt wegen Genozids verurteilt werden konnte. Gerechtigkeit für indigene Frauen, die über Jahre in einer Kaserne missbraucht wurden, wie im Fall Sepur Zarco? Kaum mehr vorstellbar. Auch sind die Zeiten vorbei, in denen ein Ex-Präsident und seine Vize wegen Korruption verhaftet werden, wie geschehen im Jahr 2015, und machtvolle Proteste alle relevanten Parteien an den Pranger stellen, weil sie von kriminellen Vereinigungen nicht zu unterscheiden sind. Dass in den letzten Jahren immer wieder Tausende für ein Ende der Straflosigkeit auf die Straße gingen und den Eliten manchen Kompromiss aufzwingen konnten, hat nicht gereicht für eine grundsätzliche Veränderung der Spielregeln. Der Staat ist wie in den anderen Ländern der Region Beute von Eliten, die keine Grenze zwischen Verbrechen und Politik kennen. Ein Interesse am Leben und Überleben der Mehrheit haben sie nicht.

Der neue guatemaltekeische Präsident erklärt zwar öffentlichkeitswirksam seine Ablehnung des Migrationsabkommens mit den USA, das sein Amtsvorgänger Morales hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ausgehandelt hat. Dabei handelt es sich aber wohl eher um einen Versuch, mehr Geld für die Erklärung Guatemalas zum

„sicheren Drittstaat“ nachzuverhandeln. Die Sache selbst kann getrost als Erpressung bezeichnet werden: Trump hatte unverhohlen mit wirtschaftlichen Sanktionen gedroht, sollte das Abkommen nicht zustande kommen. Die Konsequenzen sind obszön: Wer vor der anhaltenden Gewalt, der Armut und der Perspektivlosigkeit in Guatemala flieht, kann in Mexiko Asyl beantragen. Wer vor der anhaltenden Gewalt, der Armut und der Perspektivlosigkeit in El Salvador oder Honduras flieht, muss in Guatemala Asyl beantragen.

Mexiko: Land als Grenze

Mit dem Abkommen verschieben die USA ihre Südgrenze weiter nach Zentralamerika. Der Hinterhof wird zum bewehrten Vorgarten. Bereits seit Jahren macht sich Mexiko mit dem Programm „Frontera Sur“ zum Gehilfen der US-Abschottungspolitik. Die Zahl abgeschobener Migrant*innen aus Mexiko nimmt stetig zu, ebenso die von Asylanträgen aufgrund des versperrten Weges in die USA. Die Kriminalisierung zwingt die Menschen in die Unsichtbarkeit und damit in die Gewalt des organisierten Verbrechens, das eng mit dem Staatsapparat verwoben ist. „Mit dem Krieg gegen die Drogenkartelle ist die Migration dem organisierten Verbrechen übergeben worden“, sagt Marta Sánchez Soler von der mexikanischen medico-Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano. Im Dezember 2006 hatte die mexikanische Regierung unter Felipe Calderón den „Krieg gegen die Kartelle“ ausgerufen, der das Land in den Abgrund katapultiert hat. Heute scheinen Schätzungen von 200.000 Opfern realistisch. Auch die Zahl der Verschwundenen geht in die Zehntausende. Entführungen, Erpressungen, Morde und Vergewaltigungen von und an Migrant*innen sind seit 2006 exponentiell angestiegen, sie sind leichte Opfer für die Kartelle. Daran hat sich bis heute nichts geän-

dert. Die Nationale Menschenrechtskommission CNDH geht von an die 20.000 Menschen aus Zentralamerika aus, die auf ihrem Weg durch Mexiko jedes Jahr spurlos verschwinden.

Der neue mexikanische Präsident, der vermeintlich linke Hoffnungsträger Andrés Manuel López Obrador, verschärft die Lage. Ebenfalls auf Druck der USA militarisiert er gleich den ganzen Süden Mexikos, um den „Durchmarsch“ der Migrant*innen aufzuhalten. Ende letzten Jahres machten Tausende Menschen aus Zentralamerika weltweit Schlagzeilen, die als Karawane aus der Unsichtbarkeit traten. Ihre Masse schützte sie, ebnete den Weg durch die gefährlichsten Regionen des Landes. Ein Exodus, sagte damals Marta Sánchez Soler. Wie dramatisch die Situation inzwischen ist, zeigen Zahlen des UNHCR: 2017 hatten 294.000 Menschen aus Guatemala, Honduras und El Salvador in den benachbarten Ländern und den USA eine Anerkennung als Flüchtling beantragt, doppelt so viele wie im Vorjahr – und 16-mal so viele wie noch 2011.

In Honduras verlassen die einen das Land, weil sie von Gangs mit dem Tode bedroht werden oder sich ihre ökonomische Situation nicht verbessern lässt. Währenddessen versuchen die Optimistischeren noch, mit Straßenprotesten etwas im Land zu bewegen. Immer wieder flammen Proteste gegen die honduranische Regierung auf, auch jetzt wieder, nachdem eine Zeugnisaussage in den USA nahelegen, dass der Präsident des Landes, Juan Orlando Hernández, direkt in den Drogenhandel verstrickt ist. Er wurde Ende 2017 im Amt bestätigt, wobei die Wahlen höchstwahrscheinlich manipuliert wurden. Seitdem der gewählte Präsident Manuel Zelaya 2009 mit Billigung der USA aus dem Amt geputscht worden ist, hat sich die Lage zunehmend verschlechtert. Zelaya hatte den Mindestlohn angehoben, sich Venezuela angenähert und damit den Ärger der eigentlichen

Machthaber*innen (zu denen er vorher auch gehörte) auf sich gezogen. Damals wie heute gehen die Repressionsorgane mit aller Härte gegen Protestierende vor. Weil eine Veränderung im Land kaum mehr wahrscheinlich ist, nimmt die Auswanderung zu.

Gleiches gilt für El Salvador, wo zwar das erste Mal seit Ende des Bürgerkriegs das Zweiparteiensystem der einstigen linken Guerilla FMLN und der rechten Arena durchbrochen wurde. Der neue Präsident, der ehemalige Bürgermeister von San Salvador, Nayib Bukele, macht aber eher mit lustigen Sprüchen auf Twitter von sich reden als mit einer ernsthaften Veränderung der Lage im Land. Auch er setzt gegenüber den Maras, den kriminellen Gangs, die das Land in Atem halten und für Tausende Jugendliche der einzige Weg aus Bedeutungslosigkeit und Elend zu sein scheinen, auf Härte. Hierzulande ist das Land nur dann eine Nachricht wert, wenn mal wieder einer dieser Tage ist, an denen kein einziger Mord registriert wird – immerhin acht seit dem Jahr 2000. Währenddessen hat der frühere Präsident, Mauricio Funes (FMLN), der im eigenen Land wegen Korruption angeklagt ist, Asyl in Nicaragua erhalten.

Nicaragua galt im Vergleich zu den Ländern des „Triángulo Norte“ über viele Jahre als Hort der Sicherheit. Das Land litt zwar schon lange unter dem Autoritarismus des Ortega-Clans und die klientelistischen Sozialprogramme erreichten vor allem die Getreuen der FSLN. In einer Region, in der auf 100.000 Einwohner*innen bis zu 100 Morde kommen, war die relative Friedlichkeit in Nicaragua jedoch bemerkenswert. Aber selbst davon ist seit der Niederschlagung der Proteste gegen das Regime seit April 2018 nicht mehr viel übrig. Über 320 Tote forderte die Repression, 70.000 Menschen aus Nicaragua haben in Costa Rica Zuflucht gesucht, aber auch in den Karawanen Richtung USA liefen Viele mit, um der Verfolgung im einstigen Sehnsuchtsort

der Linken zu entkommen. So reiht sich Nicaragua inzwischen in die Liste der Länder ein, aus denen die Menschen in Scharen fliehen.

Der Exodus wird weitergehen

Ein Ende des Exodus aus Zentralamerika ist nicht in Sicht. Gemeinsam sind den Ländern der Region Armut und Perspektivlosigkeit, Gewalt und Straflosigkeit. Das ist gewollt von den politischen und ökonomischen Eliten, die „ihre“ Länder als Beute betrachten und kein Interesse daran haben, funktionierende Infrastrukturen und Ökonomien aufzubauen, die mehr Menschen Teilhabe ermöglichen würden als nur ihnen selbst. Der Staat und seine Institutionen sind Mittel zur Bereicherung und zur repressiven Aufrechterhaltung der Besitz- und Machtverhältnisse.

Von der damit einhergehenden Rechtlosigkeit, von den Menschenrechtsverletzungen gegen Umweltverteidiger*innen und den Vertreibungen indigener Gruppen profitieren aber nicht nur die lokalen Eliten, sondern auch die Importländer der zentralamerikanischen Güter. Solange die Kernfunktion der zentralamerikanischen Länder auf dem Extraktivismus von Primärgütern beruht, für den die Landbevölkerung vertrieben und Natur zerstört wird, solange Menschenrechtsverletzungen dafür in Kauf genommen werden, solange wird auch der Exodus aus der Region weitergehen.



Moritz Krawinkel ist in der Öffentlichkeitsarbeit bei medico international für Lateinamerika zuständig. Im Herbst begleitete er die Karawane mittelamerikanischer Migrant*innen im Süden Mexikos.

Nach dem Regen- wald

Das EU-Mercosur-
Abkommen

Soja-Ernte in Serra de Cuiabá im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso.

TTIP für Südamerika: Der geplante europäisch-südamerikanische Freihandel atmet den Geist der Rekolonisierung – mit fatalen sozialen und ökologischen Folgen

Von Antonio Martins

Nach zwei Jahrzehnten zäher Verhandlungen unterzeichneten am 28. Juni 2019 die Staatsschefs des Mercosur, der Organisation Gemeinsamer Markt Südamerika, und der Präsident der Europäischen Kommission ihre Einigung über ein vorläufiges Freihandelsabkommen. Das EU-Mercosur-Abkommen soll die größte Freihandelszone weltweit schaffen. In Brasilien feierten die Regierung Bolsonaro, Vertreter*innen der großen transnationalen Konzerne und konservative Medien dies als „Ereignis von historischer Tragweite“. Noch gibt es keine Gewähr, ob die Vereinbarungen eines Tages wirksam werden. Sollte aber rechtskräftig werden, was in Brüssel ausgeheckt wurde, sind drei Dinge sicher: Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay zementieren ihren Status als Produzenten einfacher Primärgüter unter noch prekäreren Bedingungen für Gesellschaft und Umwelt. Auch in Europa werden Arbeitnehmer*innenrechte, Umweltschutz und die kleinbäuerliche Landwirtschaft Schaden nehmen. Profitieren werden allein Großkonzerne sowie zerstörerisch wirtschaftende Branchen wie die industrielle Landwirtschaft Brasiliens.

Das Transparenzdefizit des gegenwärtigen Globalisierungsmodells zeigt sich erneut. Die genauen Inhalte der Vereinbarung werden auch nach der Unterzeichnung nicht bekannt gegeben. Aus Kommunikqués und Interviews lassen sich aber grundlegende Züge erahnen.

Wie inzwischen bei derartigen Abkommen üblich, gibt es zwei Arten von Klauseln: Ein Kapitel befasst sich mit Handelsfragen, das andere enthält weitreichende Normen, die die Wirtschafts- und Sozialordnung der Länder verändern können.

Zementierung der ökonomischen Asymmetrie

Das Handelskapitel schreibt drei zentrale Veränderungen fest: Zum einen sollen die Zölle auf europäische Industrieprodukte entfallen. In fünf bis zehn Jahren sollen alle Handelschranken, die die heimische Produktion im Mercosur noch schützen, abgebaut sein. Explizit genannt werden Autos und Kfz-Teile, Maschinen und Anlagen, chemische Produkte und pharmazeutische Erzeugnisse. Hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Wein, Schokolade, Spirituosen oder Käse soll die EU zollfrei in den Mercosur einführen können. Mit fast kindlicher Freude frohlockt das brasilianische Außenministerium: „Die Verbraucher werden von dem Abkommen profitieren, da sie Zugang zu einer größeren Vielfalt von Produkten zu wettbewerbsfähigen Preisen erhalten.“ Was es verschweigt: Im Wettbewerb mit europäischen Unternehmen, die einen weit besseren Zugang zu Infrastruktur, Technologie und vor allem zu Krediten haben, werden die Pro-

duzent*innen im Mercosur den Kürzeren ziehen. Ein erstes Warnsignal gab das Institut der Eisen- und Stahlindustrie in Brasilien: „Eine Öffnung der Wirtschaft ohne Korrektur der asymmetrischen Beziehungen kann die Lage der Stahlindustrie nur verschlechtern“, so der Vorsitzende Marco Polo Neves.

Als „Gegenleistung“ wird die EU dem Mercosur Zugang zu ihrem Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse gewähren. Kommuniqués nennen die Ausfuhr von Produkten mit äußerst geringem Verarbeitungsgrad wie Orangensaft, Früchte, löslicher Kaffee, Fleisch, Zucker und Ethanol. Der großspurige Ton der brasilianischen Regierung ist umso merkwürdiger angesichts der Dürrigkeit der eigenen Prognosen: Durch das Abkommen werde das Bruttoinlandsprodukt „in fünfzehn Jahren um 87,5 bis 125 Mrd. US-Dollar steigen“. Das entspräche einem Wachstum von allenfalls 0,4 Prozent des BIP. Doch nicht einmal das ist sicher, die EU hat als Schutzmaßnahmen maximale Einfuhrmengen festgelegt. Die jährliche Fleischieinfuhr etwa ist auf 99.000 Tonnen begrenzt – das entspricht 1,2 Prozent des Jahresverbrauchs der EU. Außerdem wurde ein „Vorsorgeprinzip“ verankert: Wann immer die EU es für notwendig erachtet, kann sie die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf Verdacht – zum Beispiel aus Gründen des Verbraucherschutzes – blockieren.

Das Handelskapitel enthält einen dritten folgenreichen Eingriff: Auch der konzerninterne Handel soll weitgehend liberalisiert werden. Dadurch können Konzerne, die auf beiden Seiten des Atlantiks tätig sind, die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten an verschiedenen Standorten weiter erhöhen. Falls zum Beispiel für Volkswagen in Brasilien die Lohnstückkosten für Bremsanlagen zu hoch sind und die Arbeitnehmer*innenrechte zu weit gehen, kann der Konzern Bremsen aus der Slowakei oder

aus Ungarn einführen. Womöglich reicht bereits die Drohung, um brasilianische Arbeitnehmer*innen davon zu „überzeugen“, dass niedrigere Löhne immer noch besser seien als der Verlust des Arbeitsplatzes.

Konzerne erhalten freien Zugriff

Noch weniger durchschaubar, aber nicht weniger gefährlich sind die nicht handelsbezogenen Vereinbarungen. Unter dem Stichwort Liberalisierung des Dienstleistungssektors ist im Kommuniqué der brasilianischen Regierung davon die Rede, dass „das Abkommen den effektiven Zugang zu diversen Dienstleistungsbranchen wie Kommunikation, Bauwirtschaft, Versorgung, Fremdenverkehr, Transportwesen, professionellen und Finanzdienstleistungen ermöglichen“ wird. Der dritte Sektor gliedert sich in Hunderte von Branchen, die seit Jahrzehnten starken Schutz genießen. So darf eine ausländische Firma heute keine Anwaltskanzlei in Brasilien einrichten oder als Mehrheitseignerin einer Telekommunikationsgesellschaft auftreten. Transnationale Konzerne kämpfen vehement dafür, solche Einschränkungen abzuschaffen. Mit dem Abkommen könnte dies gelungen sein. Ähnliches gilt für Änderungen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe: Bislang können Regierungen bei der Ausschreibung einer Bahnstrecke oder einer Windenergieanlage lokale Unternehmen begünstigen und damit deren Fortbestand fördern. Auch dies ist transnationalen Konzernen seit Langem ein Dorn im Auge. Alle Kommuniqués legen nahe, dass sie ihr Ziel erreicht haben.

Genau das Gegenteil, nicht die Aufhebung von Schutzmechanismen, sondern ihre Verschärfung droht hingegen dort, wo das „Eigentum“ der Konzerne betroffen ist: im Bereich des Patentschutzes und konkret der Generika in der Arzneimittelindustrie. Schon lange warnen zi-

vilgesellschaftliche Organisationen aus Europa und dem Mercosur vor der geheimen Verabredung zum sogenannten „Schutz des geistigen Eigentums“. Zwar kommt die am 28. Juni herausgegebene Note diesbezüglich recht einsilbig daher, explizit aber werden solche Maßnahmen genannt. Verwunderlich ist das nicht, das zeigen die Erfahrungen mit anderen Freihandelsabkommen. Großkonzerne streben eine lückenlose Kontrolle auch über immaterielle Güter an. Mit einer Ausdehnung etwa von pharmazeutischen Patenten wird die Herstellung von Generika und damit bezahlbarer Medikamente für die breite Masse noch stärker beschränkt.

Ein weiterer bedrohlicher Punkt ist der Vorrang von „Investor*innenrechten“ vor Sozial- und Umweltgesetzen. Fast alle in den letzten Jahrzehnten unterzeichneten Freihandelsabkommen enthalten das Prinzip des Investor*innenrechts und die Einrichtung sogenannter „Schiedsgerichte“. Beides sind Attentate auf die Demokratie. Investor*innenrecht bedeutet, dass transnationale Unternehmen, die sich in einem Land niederlassen, Entschädigungen beanspruchen können, wenn sie sich durch das Sozial- oder Umweltrecht benachteiligt wähnen. Ein Bergbaukonzern kann zum Beispiel behaupten, dass seine Gewinne infolge von Auflagen zum Bau sichererer Rückhaltebecken zurückgegangen seien, und Schadenersatz fordern. Über solche Ansprüche entscheiden dann nicht etwa ordentliche nationale Gerichte. Stattdessen werden sie von undurchsichtigen „Schiedsgerichten“ behandelt, die in der Regel mit von den Streitparteien ernannten Anwäl*innen besetzt sind. Das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit ist in den Verhandlungen immer wieder vorgebracht worden.

Auf dem G20-Gipfel Ende Juni tat Jair Bolsonaro so, als sei das Abkommen bereits unter Dach und Fach. Mehr noch: Er sagte einen Do-

minoeffekt voraus, der eine Reihe weiterer Freihandelsabkommen auslösen werde. Tatsächlich ist der Weg bis zum Inkrafttreten des Abkommens steinig und ungewiss – zumal zentrale Akteur*innen wackeln. Während Argentinien von einer nie dagewesenen Verarmung, einer Währungskrise und einer rasant ansteigenden Inflationsrate gebeutelt wird, läuft die Amtszeit von Präsident Mauricio Macri auf fast melancholische Weise aus. Seine Rechtskoalition dürfte bei den Wahlen im Oktober Schiffbruch erleiden. In Brasilien ist die Beliebtheit von Jair Bolsonaro schnell in den Keller gerauscht. In Europa läuft das Mandat der Mitglieder der Europäischen Kommission ab und die bestimmenden Parteien haben bei der jüngsten Wahl zum Europäischen Parlament massiv verloren.

Widerstand auf beiden Seiten des Atlantiks

Auch der Weg durch die Instanzen wird kompliziert. Der Wortlaut des Abkommens muss erst einmal bekannt werden. Dann muss es sowohl dem Europäischen Parlament als auch den Gesetzgebungsorganen der Mercosur-Staaten vorgelegt und abschließend müssen die wichtigsten Klauseln von den 28 Parlamenten der Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert werden. All das gibt viel Raum zur Kritik, zum Widerstand und zur Entwicklung von Alternativen. Schon jetzt gibt es Stimmen, die den Chorgesang der Zufriedenen vernehmbar stören. Vor allem in Südamerika, wo das Gespenst der Rekolonisierung umgeht, sind sie unüberhörbar. So wies der Vorstand des Partido Peronista in Argentinien darauf hin, dass das Land durch das Abkommen unterworfen werde. Präsidentschaftskandidat Alberto Fernández sagte: „Es gibt nichts zu feiern.“ Sein Wahlsieg wäre ein erster schwerer Rückschlag für das Abkommen. In Brasilien kamen kritische Wortmeldungen von den ehe-

maligen Minisstern Celso Amorim, Luiz Carlos Bresser-Pereira und Ciro Gomes. Auch die sozialen Bewegungen beginnen zu mobilisieren. Noch am 28. Juni unterstrich das Koordinierungsbüro der Gewerkschaftszentralen des Cono Sur in einem Kommuniqué seine „völlige Ablehnung des vorliegenden Abkommens“.



Der Journalist Antonio Martins ist Gründer und Redakteur des von medico geförderten Debattenportals *Outras Palavras* („Andere Worte“) – einem zentralem Medium der kritischen Gegenöffentlichkeit in Brasilien.

Zivilisation am Scheideweg

Steht in Südamerika der Antikolonialismus im Zentrum der Kritik, richtet sich das Augenmerk in Europa auf die Zerschlagung sozialer Rechte und der solidarischen Wirtschaft zugunsten der Logik der Konzerne und des Kapitalismus. Erste Proteste kamen von Umweltschutzinitiativen und aus der Bauernschaft, die einen unlauteren Wettbewerb mit Latifundien jenseits des Atlantiks fürchtet. Nicolas Hulot, früherer Landwirtschaftsminister im Kabinett von Emmanuel Macron sagte: „Dieses Abkommen ist das Gegenteil unserer Ambitionen in Bezug auf das Klima.“ Wenig später veranlasste Macron angesichts möglicher negativer Reaktionen seiner Wähler*innen „eine unabhängige, umfassende und transparente Evaluierung dieses Abkommens, vor allem in Bezug auf die Belange der Umwelt und der Biodiversität“. Im Ringen um das Abkommen zeichnet sich ein Szenario ab, in dem sich zwei Blöcke und Zukunftsmodelle gegenüberstehen: auf der einen Seite die Großkonzerne, die in ihrem Schlepptau agierenden Medien und die Mehrheit der Regierungen, sowohl in der EU als auch im Mercosur; auf der anderen Seite ein Meer politischer Bewegungen und Initiativen, die auf beiden Seiten des Atlantik nach Alternativen suchen und auf eine neue ökonomische und soziale Logik setzen. Der Zusammenprall dieser beiden Zukunftsprojekte könnte tiefgreifende Veränderungen entfalten – just in einem Moment, in dem die Zivilisation an einem Scheideweg steht.

SOLIDARISCHER WALDSCHUTZ

Hilfe für die Ka'apor im Amazonas

Viele Brände im Amazonas werden gelegt, um neue Anbau- und Weideflächen zu erschließen. Brasilien ist weltweit der größte Exporteur für landwirtschaftliche Produkte in die EU. Allein im Jahr 2018 ist der Sojaexport aus Brasilien um über 20 Prozent gestiegen. Zementiert wird die Rolle Lateinamerikas als Primärgüter-Lieferant für Europa im Mercosur-Abkommen. Geschützt wird der Amazonas von indigenen Gruppen, die im und vom Regenwald leben. An der Grenze der brasilianischen Bundesstaaten Pará und Maranhão leben rund 2.000 indigene Ka'apor in 17 Dörfern. Über 90 Prozent ihres 600.000 Hektar großen Territoriums sind von üppigem Regenwald bedeckt. Die grüne Insel der Ka'apor ist aber umzingelt von Rinderweiden, für die der übrige Wald bereits abgeholzt wurde. Jetzt dringen immer wieder Holzfäller in das indigene Territorium ein und roden den geschützten Wald. Dabei kommt es häufig zu Gewalttaten gegen die Indigenen, mehrere ihrer Anführer wurden ermordet. Mit medico-Unterstützung schützen die Ka'apor ihren Wald, der nicht nur für sie Lebensgrundlage ist.

Spendenstichwort: Brasilien

medico aktiv

Was Südafrika lehrt

Konferenz: Afrika, Europa und
25 Jahre Post-Apartheid



Foto: medico

Boniface Mabanza – hier beim medico-Stiftungssymposium
– ist Teil des Organisationsteams von „Afrika neu denken“.

Während sich in Südafrika die ersten demokratischen Wahlen zum 25. Mal jähren, ist das Land vom Ende rassistischer Strukturen, der Überwindung postkolonialer Beziehungen und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit noch immer weit entfernt. Das hat massive Proteste, neue politische Bewegungen und soziale Kämpfe hervorgerufen. Diese sind auch für Europa und den hier erstarkenden Rassismus und Rechtsnationalismus relevant: Die Suche nach neuen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Post-Apartheid-Ära steht modellhaft für eine postkoloniale Perspektive, die koloniale und rassistische Strukturen zu überwinden versucht. Die Zusammenhänge zwischen europäischen und afrikanischen Entwicklungen stehen im Zentrum des diesjährigen Kongresses „Afrika neu denken“, der am 27. und 28. September 2019 an der Frankfurter Goethe-Universität stattfinden und von medico mitveranstaltet wird. Zahlreiche Referent*innen aus Südafrika und Deutschland eröffnen neue Perspektiven für die Europa-Afrika-Beziehungen.

www.medico.de/afrika-neu-denken



Foto: Mark Mühlhaus/attentzone

Das zerstörte Rakka nach der Befreiung vom IS.

Rückkehr um jeden Preis?

Fachtag zur aktuellen Migrationspolitik

Die Zahl der Ausreisen zu erhöhen, ist erklärtes Ziel der Bundesregierung und dominiert vielfach auch die migrationspolitischen Entscheidungen in der EU. Abschiebungen und die Förderung der „freiwilligen“ Rückkehr, u.a. mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit, sind zentrale Instrumente dieser Politik. Dass die Situation in den Herkunftsländern einer nachhaltigen Rückkehr und Reintegration oftmals entgegensteht, wird dabei vernachlässigt. Mit einem von medico gemeinsam mit Brot für die Welt, Heinrich Böll Stiftung (HBS) und Pro Asyl organisierten Fachtag möchten wir einen Bogen spannen von der politischen Debatte und Beratungssituation hier zur Lage vor Ort. Was heißt es für Flüchtlinge und Migrant*innen, in von Gewaltkonflikten geprägte Länder zurückzukehren? Wie „freiwillig“ geschieht ihre Rückkehr tatsächlich und womit sehen sich Beratungsstellen hier konfrontiert? Die Tagung mit öffentlicher Abendveranstaltung findet am 21. Oktober 2019 bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin statt. Ein detailliertes Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung über die Internetseite folgen in Kürze.

www.boell.de

Freiwilligkeit tötet

Menschenrechte vor Profiten:
Kampagne startet

Miserable Bezahlung in Textilfabriken in Bangladesch? Kann weitergehen. Kinderarbeit in Kobaltminen im Kongo? Geht klar. Von Stahlwerken zerstörte Umwelt in Brasilien? Schulterzucken. In den vergangenen Monaten hat die Bundesregierung eine Politposse hingelegt, die ihresgleichen sucht. Noch Anfang des Jahres verteidigte Entwicklungsminister Gerd Müller seinen erstaunlich mutigen Gesetzentwurf, mit dem er die Einhaltung von UN-Menschenrechtsstandards für Unternehmen entlang ihrer globalen Lieferketten notfalls erzwingen wollte. O-Ton: „Freiwilligkeit führt nicht zum Ziel.“ Damit hätten deutsche Unternehmen endlich für das haftbar gemacht werden können, was sie fernab mitverantworten. Doch seither haben Wirtschaftsministerium und Industrieverbände ganze Arbeit geleistet. Stand heute: Wenn bei einer Selbstauskunft ein Bruchteil der international tätigen deutschen Unternehmen behauptet, beim Geschäftemachen die Menschenrechte zu achten oder dies vorzuhaben, ist das aus Sicht der Bundesregierung ausreichend. Müllers Entwurf ist vom Tisch. Der CSU-Minister spricht von einer „erstaunlichen Widerstandsmobilisierung aus organisierten Kreisen“. Umso mehr braucht es organisierten Widerstand aus der Zivilgesellschaft. Um den Vorrang von Menschenrechten vor Profiten durchzusetzen, haben sich Gruppen und Organisationen aus ganz Deutschland in der „Initiative Lieferkettengesetz“ zusammengetan, auch medico ist dabei. Die Kampagne startet am 10. September 2019 – und braucht Ihre Unterstützung.

www.medico.de/menschenrechte-vor-profite

1 Plakat Die drohende Katastrophe verhindern

In Nordsyrien/Rojava droht eine humanitäre und politische Katastrophe. Bestellen Sie unsere Rojava-Erklärung als Plakat (DIN A2) und schaffen Sie Öffentlichkeit.

2 Plakat WHY?* – DIN A1-Plakat gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer. Für das Recht zu bleiben. Für das Recht zu gehen.

3 Warum Menschen fliehen – [32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

4 Europa ist Exportweltmeister- 12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

5 medico-Jahresbericht 2018 – [44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

6 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

7 medico-Rundschreiben 03/19: Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

Ich bestelle :

_____ DIN A2 Plakat: drohende Katastrophe

_____ DIN A1 Plakat: WHY?

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Broschüre: Europa ist Exportweltmeister

_____ medico-Jahresbericht 2018

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-rundschreiben 03-19

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02

* Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind [12,00 €], würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28,
Email: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44,
Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**



inspiration für emanzipatorisches
denken und handeln auftritt 28./29.
september 2019 im osthafenforum im
medico-haus/lindleystraße 15/frankfurt
es geht auch anders! – der utopische
raum im globalen frankfurt vorträge,
debatten und musik mit eva von redecker,
ina hartwig, ilija trojanow, harald welzer,
ensemble modern, thomas gebauer,
gerrit von jorek, ulrich schachtschneider,
fridays for future ffm, anne jung, ute klis-
senbauer, junge deutsche philhar-
monie, peter wagner u.a. in kooperation
mit dem institut für sozialforschung
monatlicher jour fixe ab oktober 2019,
infos unter www.stiftung-medico.de

utopi- sche raum

anmeldungen erbeten unter info@medico.de bis 19.9.2019 | teilnahmebeitrag
10 €, für beide tage 15 € | personen in ausbildung oder mit geringem einkommen
frei | mit unterstützung des kulturamts der stadt frankfurt am main